





So also steht es mit der Harmlosigkeit des § 55 aus, der das Kernstück des gesamten Gesetzentwurfes bildet.

Trotz dieser glänzenden Ausschüßen, die eine solche Schlichtungsordnung, gehandhabt von der ausreißend bekannten deutschen Justiz, den Bekämpfern des „Streikparoxismus“ bietet, läßt dieses Phantom dem Herrn Landgerichtsrat Kulemann keine Ruhe. Er schimpft immer wieder wie ein Rohrspitz über den „Streikfanatismus“, wie er zur Abwechslung sagt.

Wie steht es nun damit? Nach der Soeben vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung veröffentlichten Statistik über die Fortschritte der Tarifbewegung nach dem Kriege ist die Zahl der Personen, die zu tarifvertraglich geregelten Arbeitsbedingungen arbeiten, von 905 670 im Jahre 1917 auf 5 985 475 im Jahre 1919 gestiegen. Daß Tarifverträge ein außerordentlich wirksames Mittel gegen „Streikfanatismus“ sind, weiß jedes sozialpolitische Kind, also wohl auch Herr Kulemann. Ferner aber verrät uns die Statistik, daß im Jahre 1919 die Tarife für 96,1 vom Hundert der Personen, deren Gesamtzahl wir oben nannten, nach friedlicher Verhandlung abgeschlossen worden sind. Nur bei den Tarifen, die für 2,7 vom Hundert der tarifgebundenen Personen gelten, kam es zu Streiks oder Aussperrungen. Damit sollte die Legende vom „Streikparoxismus“ eigentlich zerstört sein. Aber sie ist ein viel zu wirksamer demagogischer Kniff, als daß ihre Ragnier zu deren Beauftragte sie gutwillig preisgeben möchten.

Nun macht Herr Kulemann für sich geltend, daß auch die „leitenden Kreise der Gewerkschaften“ den „Streikfanatismus“ durchaus verurteilen. Es sei deshalb auffällig, daß sie trotzdem den früheren Entwurf so entschieden bekämpft haben. Herr Kulemann macht in seinen weiteren Darlegungen angestrengte Versuche, die „leitenden Kreise der Gewerkschaften“ für die Zukunft eines Besseren zu belehren.

Wir wissen nicht, ob ihm das vollends gelungen ist oder noch gelingen wird, aber es hat den Anschein, als ob seine und ähnlicher Geistes Bemühungen nicht ganz ohne Erfolg bleiben sollten. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat nämlich seine Beratungen über den Entwurf einer Schlichtungsordnung bereits erledigt. Nach den bisher vorliegenden Berichten haben sich sämtliche Mitglieder dieses Ausschusses für den § 55 entschieden mit der Maßgabe, daß der Ausschuß einstimmig die im Regierungsentwurf gemachte Unterscheidung zwischen gewöhnlichen und gemeinnützigen Betrieben aufhob.

Das heißt, es ist ein Kompromiß zustande gekommen, das wieder einmal alle üblen Eigenschaften von Kompromissen an sich trägt. Die Scharfmacher haben auf die sehr strengen Bestimmungen für die gemeinnützigen Betriebe verzichtet, und die Vertreter der Arbeitnehmer haben dafür den § 55 geschluckt.

Unter ihnen befinden sich die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Mit der Zustimmung zum § 55 zwingen sie sämtliche Gewerkschaften zur Zurückstellung der Waffe des Streiks, bis ein Einigungsverfahren vor einem ordentlichen Schlichtungsausschuss, verbunden mit allen Feinheiten der Verschleppung, stattgefunden hat. Sie begründen ihr Einverständnis mit dieser gesetzlichen Regelung damit, daß der Versuch zu einer Einigung vor der Arbeitsniederlegung von jeder Praxis der Gewerkschaften gewesen sei.

Das ist allerdings richtig. Daß die Gewerkschaften nach dieser Praxis verfahren, beweisen außerdem zum Überflus die Zahlen aus der Tarifstatistik, die wir oben angeführt haben. Aber zunächst sollten die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht vergessen, daß es etwas anderes ist, ob sich eine Gewerkschaft aus freien Stücken und taktischen Gründen diese Zurückhaltung auferlegt oder ob die Staatsgewalt sie dazu zwingt und sie damit der Gefahr der Verletzung solcher Paragraphen und, wie wir oben dargelegt haben, der Bestrafung mit Hilfe der heimtückischen Anwendung des Strafrechts durch mißgünstige Richter aussetzt. Wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß man auf Grund der oben angeführten Zahlen und der unleugbaren Tatsache, daß die Vorliebe für Verhandlungen ohnehin Praxis der Gewerkschaften ist, hätte nachweisen können, daß diese gesetzliche Bindung völlig überflüssig und schädlich ist. Wir aber haben den Eindruck, und auch die Arbeiterchaft wird diesen Vorwurf erheben, daß zahlreiche Gewerkschaftsvertreter solchen Bestimmungen sympathisch gegenüberstehen, weil sie ihre Ruhe vor den sogenannten „wilden Streiks“ haben wollen. Es ist deshalb dringend notwendig, die Arbeiterchaft noch im rechten Augenblick auf diese Vorgänge aufmerksam zu machen, damit eine weitere Entwicklung der Angelegenheit in derselben unmöglichen Richtung unterbunden wird. Auf solche Weise wird die Waffe des Streiks stumpf gemacht. Sie bleibt nur wirksam, wenn ihre Benutzung jederzeit möglich und nur dem taktischen Ermessen der Gewerkschaften überlassen bleibt. Vor allem möchten wir aber bei dieser Gelegenheit abermals betonen, daß der Reichswirtschaftsrat durch derartige Beschlüsse das Nichtrauen, das in weiteren Kreisen der Arbeiterchaft, die, wie wir mit besonderem Nachdruck betonen wollen, mit großer Treue zu den Gewerkschaften halten, nur verstärken kann. Und wenn Teile der Arbeiterchaftvertreter, in diesem Falle die Vertreter des A. D. G. B., eine solche Politik des Reichswirtschaftsrates fördernd mitmachen, so sollen sie sich nicht wundern, wenn sich das gleiche Nichtrauen in verstärkter Maße auch wiederum gegen sie wendet. Wir können jetzt schon die Versicherung abgeben, daß diese Schlichtungsordnung auch nach der Entfernung der bössartigen Bestimmungen über die gemeinnützigen Betriebe für uns gänzlich unannehmbar ist. Und diese Ablehnung sprechen wir aus im Interesse der Gewerkschaften. Wir sind durchaus dagegen, daß jeder Wundenkonflikt zum Ausgangspunkt einer großen Streikbewegung oder gar der Weltrevolution aufgedrungen wird, aber wir fordern die volle Freiheit des Streikrechts. Jeder Gewerkschafter wird wissen, daß Streikstimmung in den Massen nicht einfach als „Streikfanatismus“ zu werten ist. Sie ist in gewissen Situationen, deren Ausnutzung die Voraussetzung für den gewerkschaftlichen Erfolg ist, eine höchst ertrealische Erscheinung. Aber sie ist keine Dauerware, die man nach gesetzlichen Bestimmungen kontingiert konsumieren kann. Der Paragraph 55 gibt aber den Unternehmern die Möglichkeit, der Gewerkschaft den Zeitpunkt des Kampfes vorzuschreiben, indem sie das Einigungsverfahren so lange hinauszuziehen, bis sie gerüstet sind. Er zwingt ferner die Gewerkschaften — wiederum in gewissen Situationen, die wir der Arbeiterchaft nicht näher zu schildern brauchen — die Streikstimmung abzubauen oder zu dämpfen. Der Unmut der Arbeiter aber, der hieraus entsteht, wird sich nur gegen die Gewerkschaft richten. Und mit Recht — nachdem sie solchen Bestimmungen ihre Zustimmung gegeben haben.

Die Gewerkschaften dürfen sich nicht zu der Auffassung verleiten lassen, daß sie der sozialpolitischen Heuchelei des Klassenstaates irgendwie entgegenkommen müssen. Sozialpolitische Gesetze sind für die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft nur dann anwendbar, wenn sie ihre Kämpfe nicht hindern, sondern wenn sie im Gegenteil das Kampferterrain verbessern und die Stofkraft der Organisationen vermehren. Jedes Gesetz, das gegen diese Forderungen verstößt — und das tut diese Schlichtungsordnung —, dient dem Interesse der Kapitalistenklasse und gereicht dem Proletariat zum Schaden.

## Müller gegen Gradnauer

Der Ausnahmezustand und der Hauptschuss

Die Beratungen im Hauptausschuss des Reichstages über das Ministerium des Innern ergaben, wie wir schon wußten, daß von dem amtierenden Minister Gradnauer nicht das geringste zu erwarten ist. Er erweist sich als noch reaktionärer als sein Vorgänger Koch, und das will gewiß viel sagen, da Koch anerkanntermaßen der reaktionärste Mann in der demokratischen Fraktion ist.

Genosse Rosenfeld forderte bei der Beratung dieses Etats die Aufhebung des Ausnahmezustandes

in der ganzen Provinz Sachsen, in Ostpreußen und in Bayern. Der preussische Minister Dominicus habe kürzlich den Ausnahmezustand in Ostpreußen damit gerechtfertigt, daß angeblich polnische Truppen an der ostpreussischen Grenze ständen, die eine Gefahr für Ostpreußen bildeten. Genosse Rosenfeld fragte, ob der Minister Gradnauer solche Gründe anerkenne, ein sozialdemokratischer Minister werde doch wohl solchen Argumenten unzugänglich sein. Genosse Rosenfeld rügte ferner die jetzt gegen die Einwohnerwehren erlassene Auflösungsverordnung. Die Sprache hätte energischer und weniger entschuldigend sein müssen. Besonderen Anlaß zur Kritik geben die geringen Strafen: Geldstrafen, Festungstrafen oder Gefängnisstrafen. Welcher Orgeßmann werde sich durch solche Strafen imponieren lassen?

Minister Gradnauer: Die ostpreussische Grenze ist immer noch bedroht. (1) Die polnische Armee steht nicht nur an der schlesischen Grenze. Die Reichsregierung suche eine Verständigung mit den Landesregierungen. Eine Aufhebung des Ausnahmezustandes kann auch nicht überall erfolgen.

In Bayern muß erst die Entwaffnungsfrage endgültig geregelt werden. Vorläufig müsse der Ausnahmezustand bestehen bleiben. Diese Erklärung forderte unsere Genossen natürlich zum schärfsten Widerspruch heraus. Als sie an der Erklärung des Ministers Kritik üben wollten, versuchte der Vorsitzende des Ausschusses, dieses zu unterbinden, indem er behauptete, daß nur Fragen gestellt werden dürften. Genosse Rosenfeld und Genosse Herz erhoben gegen die Beschränkung der Erörterungen Einspruch, und so konnte die Besprechung stattfinden.

Abg. Plettner (Komm.) rügte die Ausnahmeverordnungen gegen das Stuttgarter Kommunistenblatt. Er fragte, ob die Regierung der Ansicht sei, daß die Verfassung gestatte, gegen einzelne Blätter mit Ausnahmeverordnungen vorzugehen. Genosse Rosenfeld trat dem Minister scharf entgegen und stellte klar, daß von dem Minister

### Keine Erleichterung des Ausnahmezustandes

zu erwarten sei. Wenn man Ostpreußen solange unter Ausnahmezustand belassen wolle, als die polnische Armee an der Grenze stehe, dann werde man mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes bis zum St. Rimmerleinstag warten müssen. Die Regierung wolle sich immer noch mit den Landesregierungen verständigen. Als ob eine Verständigung mit Rahr möglich sei!

Minister Gradnauer: Die Verfassung gestattet nicht nur allgemeine Maßnahmen, die für ein ganzes Land gelten, sondern auch Anordnungen für einen einzelnen Fall. Die Anordnung der württembergischen Regierung ist deshalb verfassungsmäßig.

Müller-Franken (Soz.): Meine Fraktion fordert die Aufhebung der württembergischen Maßnahmen. Auch die württembergische Regierung hat sich zu der Aufhebung bereit gefunden. In Ostpreußen ist

### der Ausnahmezustand nicht gerechtfertigt.

Wenn Ostpreußen als gefährdet gilt, dann ist es auch Schneidemühl und Schleien, und dann kann auch dort der Ausnahmezustand verhängt werden. Herr v. Dassel soll in Ostpreußen nur regieren und alles verurteilen. Meine Fraktion wird nicht nachlassen, auf die Aufhebung des Ausnahmezustandes zu dringen. (Das war also eine schallende Ohrfeige für den eigenen Fraktionsfreund Gradnauer!)

Plettner (Komm.): Der Gegensatz zwischen Gradnauer und Müller ist klar: Der eine hält die württembergische Verordnung für verfassungsmäßig, der andere für verfassungswidrig. Minister Gradnauer: Ich kann übrigens mitteilen, daß die Verordnung schon seit einigen Wochen aufgehoben ist.

Die Haltung Gradnauers ist ganz unmöglich. Wir reden gar nicht davon, daß Gradnauer, stets ein biegsames Werkzeug in den Händen reaktionärer Geheimiträte, nicht einmal wußte, daß die Verordnung, für die er kämpfte, aufgehoben war. Viel schlimmer ist, daß er sich die faulen Ausreden ausgepickter Reaktionäre, wie des Rahr und des Dominicus, zu eigen macht. Das schlimmste aber, daß sein Verhalten die Preisgabe wichtigster verfassungsmäßiger Rechte des Reichs bedeutet. Denn Verhängung wie Aufhebung des Ausnahmezustandes ist ausschließlich Reichsache. Dr. Gradnauer weiß aber nichts Gescheiteres zu tun, als vor dem reaktionären Partikularismus zu kapitulieren. Im Plenum hat Reichsanzler Wirth diesen Rechtssozialisten nicht reden lassen. In der Sitzung des Hauptausschusses war Wirth nicht da und sofort ist das Unglück geschehen.

Der Abgeordnete Hermann Müller ist ja nun sehr deutlich von seinem Parteifreund abgerückt, aber wir meinen, daß die rechtssozialistische Fraktion allen Anlaß hat, da nach dem Rechten zu sehen. Gradnauer hat schon in Sachsen auch bei seinen eigenen Parteifreunden vollständig abgewirtschaftet gehabt. Es ist nicht nötig, erst so lange zu warten, bis er im Reichs ebenso weit ist. Politik heißt ja Voraussehen, und in diesem Falle ist das Voraussehen ja wirklich leicht. Der Ausnahmezustand ist völlig überflüssig und wirkt nur schädlich. Er muß beseitigt werden und die Rechtssozialisten tragen dafür die Verantwortung, daß nicht einer ihrer Minister das Haupthindernis bildet.

## Neue Kriegsverbrecherprozesse

Vor dem Reichsgericht in Leipzig wird am Mittwoch ein neuer Kriegsverbrecherprozeß beginnen. Es handelt sich diesmal um einen französischen Fall. Die Anklage richtet sich gegen den Kommandeur der 58. Infanteriebrigade, General Stenger, und den Major A. D. Crusius. Dem General Stenger wird vorgeworfen, daß er im August 1914 bei den Geschehen im Anschluß an die Schlacht bei Saarburg den Befehl erteilt habe, unter seinen Umständen Gefangene einzubringen. Major Crusius soll diese Befehle als Brigadebefehl weitergegeben haben. General Stenger freit den Befehl ab. Die Anklage lautet auf Mord.

Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit steht eine Anklage gegen den Oberleutnant Laule, der beschuldigt wird, auf Grund des oben angeführten Brigadefehls den französischen Kapitän Riga erschossen zu haben. Laule behauptet, Riga sei verwundet aufgefunden und zur Ablieferung seiner Waffen aufgefordert worden. Er habe aber tätlichen Widerstand geleistet und sei deshalb erschossen worden.

Der dritte Fall richtet sich gegen den Generalleutnant von Schack und den Generalmajor Kruska. Beide Offiziere werden für eine im Gefangenenlager Niederzwehren bei Cassel ausgebrochene Flektypheusepidemie verantwortlich gemacht. Schack war während des Krieges Kommandant von Cassel, Kruska Kommandeur des Gefangenenlagers in Niederzwehren.

Weiter soll dann gegen die Marineoffiziere Boldt und Dittmar verhandelt werden. Es wird ihnen zur Last gelegt, das englische Lazarettsschiff „Landsberg Castle“ beschossen und versenkt zu haben. Der Kommandant des U-Bootes, Kapitänleutnant Bahig, ist ins Ausland geflohen, so daß gegen ihn nicht verhandelt werden kann.

## Ministerpensionen

Am zuständigen Stelle erfahren die P. P. K., daß nach dem Reichs-Beamten-Gesetz bei der Festlegung des pensionsfähigen Dienstalters der Reichsminister die Zeit der Beschäftigung bei Staats- und Kommunalbehörden und die Beschäftigung als Rechtsanwalt angerechnet werden kann. Die Festlegung bedarf der Zustimmung des Reichsrats. Im Falle des Reichsanzlers Fehrenbach hat der Reichsrat die Anrechnung der Hälfte seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt zum pensionsfähigen Dienstalter festgesetzt. Der andere in der Presse erwähnte Fall des Herrn v. Kauer hat noch keine Entscheidung durch den Reichsrat gefunden.

Bei Einführung des parlamentarischen Systems erschien es selbstverständlich, daß die Abgeordneten, die Minister würden, nach ihrem Rücktritt keine Pension beziehen. An eine Ausnahme konnte höchstens bei Beamtenministern gedacht werden. Soviel wir wissen, beziehen auch die ersten Minister nach der Revolution keine Pension. Unter der ersten bürgerlichen Regierung kamen Bestrebungen auf, abtretenden Ministern eine Pension zu sichern. Maßgebend dafür sollte das alte Reichsbeamtengesetz von 1907 sein, das besagt, Reichsanzler und Staatssekretäre erhalten auch ohne eingetretene Dienstunfähigkeit Pension, wenn sie entweder ihr Amt mindestens zwei Jahre bekleidet oder sich mindestens zehn Jahre im Dienste befunden haben.

Wenn jetzt der Reichsrat plötzlich eine reine private Erwerbstätigkeit wie die eines Rechtsanwalts (warum nicht die eines Arztes, Künstlers, Kaufmanns oder Bankiers?) als anrechnungsfähig für die Pension erklärt, so bedeutet das nichts als eine durchaus ungerechtfertigte Begünstigung einzelner. Jedenfalls darf dem ganz reaktionär zusammengesetzten Reichsrat nicht die Entscheidung über diese Frage gelassen werden. Die Frage, ob Ministerpensionen überhaupt eingeführt werden sollen, muß zunächst grundsätzlich vom Reichstag entschieden und dann in ihren Einzelheiten geregelt werden.

## Ein Richter über Richter

Der rechtssozialistische Landrichter Ruben hielt dieser Tage in Chemnitz eine Rede, die auf der einen Seite eine wertvolle Charakterisierung seiner Amtskollegen und auf der anderen Seite eine berechtigte Kritik seiner eigenen Parteigenossen in Amt und Würden enthält. Er sagt unter anderem:

„Es erübrigt sich, über Justizlandale zu sprechen. Man könnte das Material darüber listenweise herbeibringen. Wie der Genosse Harnisch dazu kommen kann, lässliche Richter gegen den Vorwurf der Klaisjustiz zu schämen, ist mir, der ich doch selbst in diesem Fall zu Hause bin, wirklich ein Rätsel.“

Der „Genosse Harnisch“, eine ganz besonders feine Nummer, war schöfflicher Justizminister. — Landrichter Ruben führte weiter aus:

„Es ist heute selbst nicht einmal den Ministern möglich, einen reaktionären Beamten zu beseitigen. Alle Gesetze bleiben tote Buchstaben, solange die Macht der Reaktion im Staate nicht gebrochen ist. Als kürzlich ein Arbeiter von einem Berliner Gericht wegen eines Zitates aus dem kommunistischen Manifest verurteilt werden sollte, wies der Verteidiger darauf hin, daß das kommunistische Manifest doch jedem Gebildeten und wahrscheinlich auch dem Herrn Vorsitzenden bekannt sei. Dieser la mole Richter wurde darauf sehr erregt und verbat sich die Bemerkung mit den Worten, solche Bücher lese er nicht! Derselben Leute aber verhängen Zuchthausurteile in weltbewegenden Fragen, von denen sie nicht einmal das ABC verstehen.“

Gegen den Landrichter Ruben wird auf Grund dieser objektiven Feststellungen bald eine fürchterliche Hege unternommen werden. Und wir befürchten fast, daß Ruben bei dem gegenwärtigen Kurs in Preußen als Opfer zur Strede gebracht werden wird, trotz der angeblichen Unantastbarkeit der Richter.

## Der erschossene Kappist

Während des Kapp-Putschs wurde in Harburg der ehemalige Fliegerhauptmann Berthold erschossen. Berthold war der Führer einer illegalen militärischen Formation, die sich „Eiserne Schar“ nannte und aus ehemaligen Bataillonen gebildet war. Mit dieser Truppe wollte Hauptmann Berthold nach Harburg fliehen, um die dort arg bedrängten kappistischen Reuterei zu befreien. In Harburg kam es zu Kämpfen, dabei wurde Hauptmann Berthold getötet. Bei Berthold wurde damals eine Aktentasche gefunden, die schwer belastendes Material enthielt. Aus den Dokumenten ging zweifellos hervor, daß Berthold schon monatelang mit bayrischen Offizieren in Verbindung stand und eine weitverzweigte Militärverschwörung gegen die Republik eingeleitet hatte. Das Material ist seinerzeit vom „Vorwärts“ veröffentlicht worden.

Wegen Tötung des Hauptmanns Berthold wurde später Anklage gegen Hartmann und Kottel erhoben, die mit einem Freispruch endete, da es das Gericht als erwiesen anah, daß Berthold als Rebell auf Seiten Kapps gekämpft hat und bei diesen Kämpfen gefallen war. In Stade hat Ende der vorigen Woche ein neuer Prozeß in derselben Sache stattgefunden. Die Angeklagten wurden wiederum freigesprochen, da das vorliegende Beweismaterial zu einer Verurteilung nicht ausreichte. Der Staatsanwalt mußte selbst die Freisprechung beantragen.

Rahr-Dominicus. Die preussische Regierung hat zum Vertreter Preußens in München den Landrat Schellen ernannt, den früheren Personalreferenten des Ministeriums des Innern, der wegen seiner Teilnahme am Kapp-Putsch seines Amtes enthoben worden war. Ein Kappist ist der richtige Mittelsmann zwischen Rahr und Stegerwald-Dominicus.



# Von der Leiter gefallen

## Die Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Handelsflagge mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt

Der bürgerliche Block hatte für gestern zu einer symptomatischen politischen Tat gerufen. Dem in der Vorkundgebung der Getreidewirtschaft vor einigen Tagen so schön gelungenen Rübercoup auf wirtschaftlichem Gebiete sollte ein Vorstoß gegen die republikanischen und demokratischen Neuschöpfungen der politischen Staatsverfassung folgen. Die schwarz-weiß-rote Flagge sollte wieder hochgezogen werden. Zunächst für die deutschen Handelschiffe. Das Weitere sollte folgen. Baldigst und gründlich. In hohem Einigkeit waren sie aufmarschiert: die Demokraten am Hals der Deutschnationalen, die Männer um Stinnes lieblich an der Hand des Zentrums. Die edle Harmonie verschönte noch der Beitritt der bayerischen Volkspartei. Sie alle begehrien, daß die Blutsühne des Krieges, das Zeichen des alten monarchistischen und militaristischen Obrigkeitstaates, wieder auf den Masten der deutschen Rauffahrtsschiffe gehißt werde und der Welt Kunde bringe, wie hoch die Schutzhäuser des alten Systems in Deutschland noch zum Himmel ragen.

Die Jämmerlichkeit des deutschen Liberalismus leuchtete bengalisch auf in der Laifache, daß die demokratische Partei in dieser für sie doch immerhin nicht gleichgültigen Frage steuerlos im Fahrwasser der Deutschnationalen trieb. Aber der Bankrott dieser Partei wurde zum ersten Standal, als ihre Redner zum Wort kamen. Die Ausführungen der Heide und Koch mußten nachgesehen werden, um den ganzen politischen und geistigen Verfall, die Demoralisation des Charakters des sogenannten demokratischen Bürgertums in Deutschland richtig ermessen zu können. Die demokratische Partei ist zwar für die schwarz-rot-goldenen Farben der achtundvierziger Sturmgefahren des deutschen Bürgertums — aber sie himmt für die schwarz-weiß-roten Farben der Reaktion. Die Demokraten sind zwar gegen die antirepublikanischen und antidemokratischen Zettelungen der Deutschnationalen, deren greifbarer Ausbruch der Sturm gegen die republikanischen Reichsfarben ist. Aber — die Demokraten fürchten sich, von diesen Zettelungen fernzubleiben. Den paar wirklichen Demokraten ist bei diesen politischen Echtenher Springprozeptionen natürlich ganz schlecht geworden, so daß man mit Herrn Schilling förmlich Mitleid haben mußte.

Die anderen Sprecher des Blockes wirkten wahrlich auch nicht erhehend. Was zum Beispiel der mit 60 000 M. jährlich unterstützte volksparteiliche Rechtsanwalt Gildemeister zum besten gab, war nur beachtenswert wegen der Hinterhältigkeit, mit der jene Kreise ihre Pläne verfolgen. Gildemeister und nach ihm ein amüsanter Deutschnationaler Oberlehrer Oberhofen stritten ihrer Aktion in einem Atemzuge jede politische Bedeutung ab, um diese politische Bedeutung im nächsten Augenblick ungewollt zuzugeben. Diese bedeutsamen Männer haben entdeckt, daß die Erzeugnisse deutschen Fleisches nur dann im Ausland auf Absatz rechnen können, wenn sie auf Schiffen mit schwarz-weiß-roten Wimpeln übers Meer gefahren werden. Als ob das Ausland in so tiefer Liebe erglüht für die Farben der alldeutschen militaristischen Reaktion! Oberhofen glaubte die gänzlich wurmfressige Argumentation der Antragsteller dadurch verbessern zu können, daß er als Kronzeuge die deutschnationale Auffassung den sonderbaren rechtssozialistischen Zeitgenossen Paul Müller aufmarschieren ließ, jenen Intimus der Redner und Rationalisten, den der Seemannsverband sich noch immer als Vorstehenden gefallen läßt.

Wenn der bürgerliche Block trotz seiner numerischen Überlegenheit eine Niederlage erlitt und die schwarz-weiß-rote Flagge nicht hoch brachte, ist das auf die ausgezeichnete Polemik zurückzuführen, mit der vor allen Dingen unser Redner Breitscheid aufwartete. Hatte Dr. David für die Rechtssozialisten in weit ausscholender Weise einen geschichtlichen Rückblick gegeben und Wert auf den Hinweis gelegt, daß „unser Volk“ erneut auseinandergerissen und zum Kampf gegeneinander geführt werde, wenn die schwarz-rot-goldenen Farben des Kompromisses von Weimar befestigt würden, so stellte Breitscheid zunächst fest, daß es uns weniger auf die Farbe als auf die Politik ankommt, die unter dieser oder jener Flagge geführt wird. Allerdings habe die Arbeiterschaft kein Interesse, sich nach der Politik zurückzusehen, mit der sie unter schwarz-weiß-roter Fahne gebüßelt worden ist. Aber sie ist auch gedrückt und verfolgt worden im Deutschland der Demokratie. Uns ist die demokratische Staatsverfassung nur ein Gefäß, das wir erst mit dem Sozialismus füllen müssen. Dann zerplatzt unser Redner die Argumentation der schwarz-weiß-roten Sturmgefahren. Die Handelsflagge ist jetzt schon schwarz-weiß-rot. Nur an der oberen rechten Ecke trägt sie ein kleines schwarz-rot-goldenes Rechteck, das ein Viertel und zwanzigstel des Flagenraums einnimmt. Um dieses Fleckchens willen kann sich nach der Behauptung der Antragsteller der deutsche Ueberseehandel nicht entwickeln und steht die Zukunft des deutschen Volkes auf dem Spiel! Mit solchen Kinkerlitzchen wollen die Reaktionen ihre wahren Absichten verumhüllen. Ueberzeugend wies unser Redner nach, daß es für Deutschlands Zukunft bedeutsam ist, dem Ausland zu beweisen, daß ein neues Deutschland in den Ring der Weltwirtschaft und der Weltpolitik sich einzufügen sucht. Dieses Bestreben kann nur gelingen, wenn die Politik der Provokationen aufhört, zu denen die bekannten Schiffstausen und auch die neueste Flaggenaktion der Reaktionen zu zählen ist.

Die Rede hatte Leute bei den Demokraten und im Zentrum schwankend gemacht. Vom Reichstanzler Wirth war schon vorher bekannt, daß er gegen den Antrag der bürgerlichen Parteien stimmen werde. Eine Auseinandersetzung, ob der Antrag eine Verfassungsänderung bezwecke und deshalb eine Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Abgeordneten notwendig sei, erwies sich zum Schluß als zwecklos, denn die namentliche Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrages des bürgerlichen Blocks mit 121 gegen 120 Stimmen bei 5 Enthaltungen!

Der feines Sieges Rühre Block war von dieser unerwarteten Dusche sehr unangenehm berührt. Nach der Abstimmung waren viele Gesichter nicht mehr so rund. Dafür aber um einiges länger.

## Moralische Entartung

### Wie die Kommunisten in Georgien regieren

Unmittelbar vor dem 1. Mai fanden in Georgien so umfangreiche Verhaftungen von Arbeitern und Intellektuellen, die der sozialdemokratischen Partei angehören, statt, daß selbst einige Kommunisten sich veranlaßt sahen, um die Befreiung der grundlos Verhafteten zu bitten, mit denen alle Gefängnisse Georgiens überfüllt waren.

**Aus Anlaß des „freien“ Vorgehens dieser Kommunisten verfaßte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Georgiens folgendes Rundschreiben an alle Parteiorganisationen:**

„Dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei ist eine Erklärung des Vorsitzenden der außerordentlichen Kommission („Tcha-Ka“) zugegangen, wonach einige Mitglieder der Kommunistischen Partei Georgiens sich fortgesetzt an ihn mit der Bitte wenden, die Verhafteten zu befreien oder ihr Geschick zu mildern. Da derartige Gesuche eines Kommunisten unwürdig sind, schreibt das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Georgiens allen Parteiorganisationen vor, den Parteimitgliedern zur Kenntnis zu bringen, daß derartige Gesuche unzulässig sind, und daß die Parteimitglieder in Zukunft wegen solcher Gesuche der strengsten Verantwortung, bis zum Ausschluß aus der Partei, unterliegen werden.“

Jedes Wort des Kommentars würde die Wirkung dieses kommunistischen Erlasses abschwächen.

## Vom Moskauer Kommunistenkongreß

### Kauferei in der deutschen Frauendelegation

Die kommunistische Presse veröffentlicht ausführliche Berichte über die Tagung der Internationalen kommunistischen Frauenkonferenz in Moskau, die zum hundertsten Male die üblichen kommunistischen Agitationsphrasen wiederholten. Interessanter jedoch sind die Berichte der in Moskau erscheinenden kommunistischen Blätter, die nicht so sorgfältig frisiert sind wie die nach dem Ausland versandten Mitteilungen. So finden wir in Nr. 18 des Organs des 3. kommunistischen Kongresses „Moskau“, einen scharfen Protest Clara Zeitlins, der von einem noch schärferen Gegenprotest der übrigen Mitglieder der deutschen Frauendelegation beantwortet wird. Dieser Schriftwechsel ist nicht nur menschlich interessant, er zeigt auch die beispiellose Zerfahrenheit innerhalb der deutschen Delegation, und die Erbitterung, mit der hinter den Kulissen des kommunistischen Kongresses gekämpft wird. Clara Zeitlin schreibt:

„In der Eröffnungsfeier der Internationalen kommunistischen Frauenkonferenz ist eine Sympathieumgebung für die Opfer der Gegenrevolution angenommen worden, die den Satz enthielt: „Seht Ihr denn nicht, daß aus den schweren März-Kämpfen das Proletariat Deutschlands noch fester herauskam?“ Meine Uebersetzung macht es mir zur Pflicht, gegen diesen Satz zu protestieren. Nach meiner Einschätzung der Lage in Deutschland ist er sachlich unrichtig. Ich füge meine Auffassung auf Ziffern und Tatsachen.“

Clara Zeitlin bemerkt dann weiter, daß ihr die Sympathieumgebung nicht rechtzeitig genug vorgelegt worden war, und daß sie es bebaure, daß die Frauenkonferenz ein Urteil in einer Streitfrage ausgesprochen habe, die zu den wichtigsten und am heftigsten umstrittenen Fragen gehöre, die der allgemeine internationale Kongreß klären müsse.

Diesen Protest haben die übrigen Mitglieder der deutschen Frauendelegation, bestehend aus der kleinen Bertha Braunnthal und einigen anderen Russen, mit einem Gegenprotest beantwortet, in dem es heißt:

1. Die angeblichen Tatsachen und Ziffern, die beweisen sollen, daß die R. K. P. D. aus der Märzaktion schwer geschädigt hervorgegangen, haben dem Zentralkomitee der R. K. P. D. zur Prüfung vorgelegt und sind einmütig als Fälschungen oder faustische Uebersetzungen bezeichnet worden.

2. Dieses angebliche Tatsachenmaterial ist zusammengestellt worden von dem Führerflügel um Paul Levi, der die Märzaktion aktiv oder passiv sabotiert hat, und nach der Aktion zum Teil den Gegnern der Partei und dem Staatsanwalt direkte Hilfe geleistet hat.“

Aus den angeführten Gründen erklärt die deutsche Frauendelegation, daß sie der Protestklärung Clara Zeitlins aufschärfte entgegenzutreten müsse, und sie macht ferner die Feststellung, daß sie, und nur sie im Namen der Partei spreche.

Nachdem ein Werner Scholom der alten Kämpferin Clara Zeitlin die Spalten der „Roten Fahne“ gespart hat, kann nun eine Bertha Braunnthal ihr vor dem Forum der kommunistischen Internationale die ärgsten Fehltritte verlesen und sie im Namen der deutschen Frauendelegation desavouieren. Wenn auch Clara Zeitlin durch ihre Haltung in den letzten Jahren selbst diese Lage mit herausbeschworen hat, so kann man der greisen Kämpferin trotzdem ein Gefühl tiefen menschlichen Mitleids nicht verlagern.

## Die Naturalprämierung der Arbeiter in Sowjetrußland

D. G. Wign, 25. Juni.

Der Arbeits- und Verteidigungsrat hat die Bestimmungen erlassen, wonach die Industriegebiete einen Teil ihrer Erzeugnisse an den Fonds für Naturalprämierung der Arbeiter abzuführen haben. Die Verpflichtung zur Ablieferung der Erzeugnisse ist jetzt auf das Schneidergewerbe, auf die Tabakindustrie, die Schuhfabriken, die nationalisierten Betriebe der Parfümeriebranche und die Oelmühlen ausgedehnt worden. Im allgemeinen bewegen sich die Ablieferungssätze zwischen 1/4 und 2 Prozent der Produktion des betreffenden Betriebes. Die Kontrolle über die Ausführung wird den zuständigen Gewerkschaften übertragen.

Inzwischen äußerte sich die Moskauer „Pravda“ sehr abfällig über das neue System der Naturalprämierung der Industriearbeiter für außerordentliche Leistungen und die Auszahlung eines Teiles des Lohnes in Erzeugnissen des betreffenden Betriebes. Da der Warenantausch nicht organisiert sei, habe dieses System zu ganz unhaltbaren Zuständen geführt. Statt die erhaltenen Erzeugnisse den Genossenschaften zum Austausch zu übergeben, zieht es der Arbeiter vor, sie selbst auf den Markt zu bringen oder sie an kleine Spekulant zu veräußern. Das Blatt bemerkt, daß sich daher noch nie und nirgends soviel Leute mit Kleinhandel abgegeben hätten, wie jetzt in Sowjetrußland, und zwar ohne Unterschied des Alters, des Geschlechts und der Stellung. Die „Pravda“ verlangt deshalb eine Reorganisation des Systems der Naturalprämierung und Lohnzahlung.

## Invaliden- und Angestelltenversicherung

Dem Reichstag sind kurz vor Lorenschluß eine solche Fülle sozialpolitischer Vorlagen zugegangen, daß ihre Erledigung vor der Anlauf des Reichstages hat sich in seiner Sitzung vom 23. Juni eingehend mit der Geschäftslage des Parlaments befaßt. Die Dringlichkeit der Vorlagen über die Wochenhilfe und Versorgung der Altrentner aus dem Heeresdienst wurde einstimmig anerkannt. Die Abgeordneten der Arbeiterparteien setzten sich ferner dafür ein, auch eine Neuregelung des Beitragens für die Invalidenversicherung mit Rücksicht auf die Finanzlage der Landesversicherungsanstalten zu beschleunigen, während die bürgerlichen Parteien unter allen Umständen die Novelle zur Angestelltenversicherung in den wenigen zur Verfügung stehenden Beratungstagen durchzuführen möchten. Gegen diese Absicht wandten sich Stiebel (S.P.D.) und Aufhäuser (U.S.P.D.) mit dem Hinweis darauf, daß sich die Reform der Angestelltenversiche-

rung nicht einseitig in einer geradezu unerträglichen Erhöhung der Beiträge erschöpfen dürfe und daß insbesondere den Tausenden von Angestellten die Möglichkeit gegeben werden müsse, zu dem ursprünglich vorgelegten Entwurf Stellung zu nehmen, bevor der Reichstag von oben herunter eine solche Belastung für die Angestellten diktiert könne. Die sozialistischen Abgeordneten lehnten es ab, über den Kopf der Angestellten hinweg sich an dem Durcheinander der Novelle zu beteiligen. Der Ausschuh hat sich dann schließlich gezwungen, trotz des wünschenswerten Protestes des Abg. Thiel vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, zunächst in die Beratung der Novelle zur Invalidenversicherung einzutreten und den Vortrag eines Regierungsvortragenden dazu entgegenzunehmen. Die weiteren Ausschuhberatungen wurden auf Dienstag vertagt.

## Was ist ein Betrieb mit wirtschaftlichen Zwecken?

Diese Frage hat die Öffentlichkeit schon einmal beschäftigt, als der Herr Postminister auf die Idee kam, der Postbetrieb sei kein Betrieb mit wirtschaftlichen Zwecken, weil er öffentlichen und gemeinnützigen Interessen diene. Herr Giesberts war der Meinung, der in den §§ 66 und 71 des Betriebsrätegesetzes angewandte Begriff „Betrieb mit wirtschaftlichen Zwecken“ sei nur anzuwenden auf Betriebe, die ganz unmittelbar dem Zweck privater wirtschaftlicher Gewinnerzielung dienen.

Jetzt macht sich das Direktorium der Reichsbank diese Auffassung zu eigen. Das ganze Mandat hat den Zweck, die Rechte der Betriebsräte zu schmälern. In die Reichsbank kein Betrieb mit wirtschaftlichen Zwecken im Sinne des Gesetzes, dann sind einige wichtige Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes, in denen die Rechte der Betriebsräte festgelegt werden, auf die Reichsbank nicht anwendbar.

Das Reichsarbeitsministerium hat nun allerdings auf Befragen eine andere Auskunft gegeben, nach der es der Meinung ist, daß die Reichsbank durchaus zu den Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken gehört. Der Bescheid des Reichsarbeitsministeriums lautet:

„Die Reichsbank gehört zu den Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken. Der Kommentar von Feig-Eißler bemerkt in § 66 Anm. 2 in dem auf die im vorliegenden Schreiben angeführten Stellen folgenden Satz: „Unter dem Begriff Stellung auch die vom Staate oder sonstigen öffentlichen Verbänden in Art von Privatunternehmungen geführten Bankbetriebe. Es wird nicht verlangt, daß die Betriebe ausschließlich wirtschaftlichen Zwecken dienen.“ (Vergl. ähnlich Platon B.R.G. § 66 Anm. 1 und Rießle-Spruy B.R.G. § 66 Anm. 1.)“

Diese Auslegung ist zweifellos richtig. Das ganze Betriebsrätegesetz hat nur dann Sinn, wenn die Begriffe „Wirtschaftlichkeit“ und „wirtschaftlicher Zweck“ als auf die Erzielung eines möglichst günstigen volkswirtschaftlichen Nutzeffektes gerichtet verstanden werden. Dann aber sind gerade gemeinnützige Betriebe als Betriebe mit wirtschaftlichen Zwecken zu werten. Dazu kommt, daß besonders die Reichsbank nach dem Bankgesetz vom 14. März 1875 u. a. die Aufgabe hat, für die Rußbarmachung verfügbaren Kapitals zu sorgen und somit auch — indirekt — die Erzielung privatwirtschaftlichen Gewinnes zu fördern. Selbst wenn also der wirtschaftliche Zweck im Sinne des Betriebsrätegesetzes nur Erzielung von privatem Gewinn sein soll, ist die Reichsbank ein Betrieb mit wirtschaftlichem Zweck.

Das Reichsbankdirektorium hat die Frage auch dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat vorgelegt. Es wird dabei wenig Glück haben, denn auch der Reichswirtschaftsrat kann seine Entscheidung nur im Sinne des Bescheides des Reichsarbeitsministeriums treffen. Es wäre aber nötig, daß die Frage bei dieser Gelegenheit endgültig und für alle öffentlichen und gemeinnützigen Betriebe entschieden wird.

## Stadtvorordneten-Fraktion der USPD.

Unsere Genossen werden auf die heute nachmittags 5 Uhr stattfindende Stadtvorordneten-Sitzung aufmerksam gemacht. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

**Neue Unruhen in Mexiko.** In Mexiko scheint die Lage zu neuen Vermüdungen zu führen. Die dem Präsidenten Obregon und dessen Regierung feindlich gesinnten Parteien sollen eine halbe Million Dollars zur Truppenanwerbungen aufgebracht haben. General Pablo Gontolo hat die Grenze überschritten, um eine Anzahl Rebellentruppen im Staate Tamulipas zu gemeinsamem Handeln zusammenzuschließen. Die mexikanische Garnison in Tampozas hat gemauert. Mehrere Eisenbahnbrücken zwischen Nuevo Jarabo und Mantarez sind in die Luft gesprengt worden. Mexikanische Truppen schlugen die Rebellensorganisationen in San Luis Potosi in die Flucht und nahmen den Führer, General Rindez, gefangen.

**Die Schulden Englands.** Wie amtlich aus London gemeldet wird, hat Großbritannien in den letzten zwei Jahren keine Schulden an das Ausland um 203 187 000 Pfund Sterling vermindert. Die Schulden an die überseeischen Länder betragen jedoch noch 1 181 863 Pfund Sterling. Die Hauptgläubiger sind die Vereinigten Staaten, die eine Forderung von 872 704 Pfund Sterling haben, dann kommt Kanada mit 53 339 Pfund Sterling.

**Ehrendoktor Clemenceau.** Mittwoh fanden in der Universität von Oxford die Festschleifen statt, bei der Clemenceau der Ehrendokortitel verliehen wurde.

Ausschneiden!

Druckfache

Sind die

Hauptredaktion der „Freiheit“

Berlin G2

Brette Straße 8-9

18 9/10  
M 1000



# HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse • Alexanderplatz  
Frankfurter Allee Sowell Vorrat

# SAISON-AUSVERKAUF

**Sensationell billige Preise — Günstige Kaufgelegenheit**

**Krepon** in vielen Farben.....Meter 7<sup>50</sup>  
**Bafist** farbig bestickt.....Meter 9<sup>75</sup>  
**Cofelé** zirka 80 cm breit, für Hauskleider.....Meter 9<sup>75</sup>  
**Zephir** zirka 80 cm breit, schöne Streifen, gute Qualität, Meter 14<sup>50</sup>  
**Trachtenstoffe** in grossen Blumenmustern...Meter 18<sup>50</sup>  
**Kleiderfrotté** kariert, zirka 110 cm breit.....Meter 24<sup>75</sup>

**Waschblusen**  
 bis zu 50% im Preise ermässigt  
**29<sup>50</sup> 39<sup>50</sup>**  
 jetzt  
**Seidene Blusen**  
 bis zu 60% im Preise ermässigt  
**69<sup>50</sup> 89<sup>50</sup>**  
 jetzt

**Frottier-Handtücher** gute Qualität, Grösse 45x100, Stück 12<sup>50</sup>  
**Badelaken** guter weisser Kräftestoff, für Kinder.....Stück 29<sup>50</sup>  
**Stoff-Badeanzüge** in allen Ausführungen.....von 19<sup>50</sup> an  
**Gummi-Badehauben** verschiedene Formen.....von 19<sup>50</sup> an  
**Küchen-Handtücher** grau Dreif., gestümt u. gebündert, Stück 11<sup>50</sup>  
**Stuben-Handtücher** Dreif., gestümt und gebündert, Stück 12<sup>50</sup>  
**Tischlüber** Dreifachweb, Grösse 120x130.....Stück 59<sup>50</sup>

Ein grosser **Zephir**.....Meter **9<sup>75</sup>**  
 Ein grosser **Posten**

Ein **Posten**  
**Damen-Schnürschuhe** **135<sup>00</sup>**  
 Boxcall und Chevreau, mit und ohne Lackkappe.....

**Badeanzüge** in Trikot, Satin und Seide in reicher Auswahl  
**Badeschuhe** in Leinen, Satin und Seide

## Fortsetzung des ausserordentlich billigen Verkaufs von Wirtschaftsartikeln

### Theater und Vergnügungen

**Volkstheater**  
 7 Uhr: Wallensteins Tod  
**Neues Volkstheater**  
 7 Uhr: Die Cotalbaba  
**Staatstheater**  
 7 Uhr: Der Zerkow  
**Schauspielhaus**  
 7 Uhr: Die Waise im Wald  
**Deutsches Theater**  
 7 1/2 Uhr: Potash u. Perlmutter  
**Kammerspiele**  
 7 1/2 Uhr: Zwei glückliche Tage  
**Großes Schauspielhaus**  
 7 1/2 Uhr: Ein Sommernachtstraum  
**Heidenz-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Was hat das Spiel gemacht  
**Sriamon-Theater**  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
 Lady Windermere's Fächer  
**Kleines Theater**  
 7 1/2 Uhr: Opa Staburg in  
 Nur ein Traum  
**Komische Oper**  
 7 1/2 Uhr: Die Oper  
**Alt-Heidelberg**

**Leffing-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Die Ballerina des Königs  
**Deutsch. Kunst-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Gefährnis  
**Königsgräber Str.**  
 7 30: Mit dem Feuer spielen  
**Berliner Theater**  
 Täglich 7 30 Uhr:  
**Milliarden**  
**Souper**  
**Komödienhaus:**  
 Täglich 7 30 Uhr:  
**blonde Engel**  
**Thalia-Theater**  
 7 1/2 Uhr: Mascottchen

**Walhalla-Theater**  
 7 1/2 Uhr:  
**Die Scheidungsreise**  
**Theater am Rollendorfsplatz**  
 7 1/2 Uhr:  
**Der Vetter aus Dingsda**  
**Rose-Theater**  
 7 1/2 Uhr:  
**Wo die Schwärben nisten**  
**7 1/2 Apollotheater**  
 Täglich:  
**Tip-Tip Murrel**  
**Berliner Brater**  
 Täglich 4 1/2 Uhr:  
**Variete**  
**Wenn Engel streiken!**  
**Intern. Damen-Boxkämpfe**  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Intern. Damen-Boxkämpfe**

**Theat. u. Kottb. Ton**  
 Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
**10 Herren!**

**Sommer-Theater**  
**Schweizergarten**  
 Am Friedrichshain 29-32  
 Dienstag, den 28. Juni 1921  
**Großes Kinderfest**  
 Fackelzug, Kasperles  
 Theater, Gratis  
 Verlosung und das  
 große Programm  
 Eintritt von 10 Uhr vorm. ab

**LUNA-PARK**  
**Heute Volkstag**  
 Eintritt 2.- / Kinder 1.-  
**Doppel-Konzert**  
**Höhen- u. Wasser-**  
**Feuerwerk**  
 Weinterrasse - 4 Uhr Tanztee

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.

**Todes-Anzeige**  
 Franz Rehfeldt  
 am 22. Juni gestorben

**Nachruf**  
 Otto Zahn  
 am 24. Juni verstorben

**USPD. - 5. Verw.-Bez.**  
 Am 23. Juni verstorben

**Paul Densau**  
 am 23. Juni verstorben

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85

**Betriebsräte der Hauptgruppe I der Metallindustrie**  
**Berlin**  
 am 28. Juni 1921, abends 7 Uhr

**Betriebsräte der Hauptgruppe IV der Metallindustrie**  
 am 28. Juni 1921, abends 7 Uhr

**Betriebsräte der Hauptgruppe VII der Metallindustrie**  
 am 28. Juni 1921, abends 7 Uhr

**Branchen-Versammlung**  
 am 30. Juni 1921, abends 5 Uhr

**Klassenjustiz**  
 Chronologische Gegenüberstellung von Gerichts-  
 urteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre  
 Von Friß Schneider Preis 1.80 Mt.  
 Buchhandl. „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

**Stahlwaren-Produktion „Solidarität“**  
 G. m. b. H.  
**Ohligs bei Solingen**  
  
**Genossenschaftliche Erzeugung Solinger Stahlwaren.**  
**Für Geschäftsbetriebe** empfehlen wir: Büreenscheren, Speck-,  
 Wurst-, Käse-, Bäckerei- und Brot-  
 messer, Fett- und Seifenstecher, Dosenöffner usw.  
**Fleischereibedarfsartikel** in großer Auswahl: Belle,  
 Aexte, Hauer, Sägen,  
 Stähle, sowie für jedes Fach: Schneiderscheren, Sattler-,  
 Schuster- u. Gärtnermesser, Werkzeugmesser für alle Berufe.  
**Zum Verkauf an die Mitglieder** bieten wir den Konsumvereinen  
 an: Bestecke in jeder Aus-  
 führung und Preislage, Alpaka-, Britannia-Zinnstahl- und  
 Aluminiumlöffel, Brot- und Gemüsemesser, Taschenmesser  
 in mannigfaltiger Ausführung, Scheren in jeder Art, Haar-  
 schneidemaschinen, Rasiermesser und Rasierapparate.  
 Wo Konsumvereine unsere Waren nicht führen, bitten wir die  
 Verbräucher um Aufgabe der Bestellungen an unsere Adresse.  
 Gewerkschaftshändler u. Gastwirte bitten wir um Anforderung unserer Preisliste.  
 Wir stellen unsere Waren in vorzüglicher Qualität her und ver-  
 wenden nur allerbesten Stahl bei Berechnung billigster Preise.

**Ausschneiden!**  
 Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom  
 1 Exemplar der **Freiheit**  
 Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands  
 mit der wöchentlich einmal erscheinenden  
 illustrierten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“  
 zum Preise von Mk. 10. — monatlich, Mk. 5. — halbmönatlich  
 bei freier Zustellung ins Haus  
 Name: \_\_\_\_\_  
 Ort: \_\_\_\_\_  
 (Namen deutlich schreiben, Briefe genau ausfüllen: vorn, hint, Zahl, Dazwischen)  
 Diesen Bestellchein bitten wir an die Hauptexpedition, Berlin C 2,  
 Breite Straße 8-9, einzusenden.  
 Der Verlag.

**Arbeiter!**  
**für Euere Kinder kauft**  
**Ihr stets gut und billig:**  
 Rindbor-Schnürstiefel alles Leder 68.-  
 Rindl.-Sandalen Lederkappen, Leder- 38.-  
 braunbohl. u. 27.25 n.  
**nur in**  
**Kaatz Schuh-Engros-Lager**  
 Köln-Laden, Münzstr. 101. Köln-Laden.



Groß-Berlin

Das Urteil eines Gelehrten

Der bekannte Soziologe Dr. K. Müller-Lyer schreibt in seinem 1911 erschienenen Buche über „Die Familie“ folgende treffende Sätze über die kapitalistische Presse:

„... Die Geldmänner bekommen auch immer mehr den Buchhandel und vor allem die Presse in ihre Gewalt, mittelbar oder unmittelbar, und so wird auch noch das geistige Leben vergiftet. Die großen Zeitungen gelangen in den Besitz oder unter die Kontrolle der Plutokratie, die dadurch jeden ehrlichen Ausdruck der öffentlichen Meinung zu überwinden vermag und die durch ihre Presse Tag für Tag auf Tausenden von Wäutern die Völker gegeneinander aufreizt und den Klassenhaß schürt, um die Massen von ihren wahren Feinden abzulenkten. So reihen die Plutokraten immer mehr die politische Macht an sich; und sie gebrauchen sie um so unumschränkter, als sie im Verborgenen herrschen, so daß ihre Herrschaft von dem Durchschnittsbürger nicht bemerkt wird. Vor den Kulisien stehen die großen Staatsmänner und die Parlamentarier und spielen dem naiven Volk das Stück von der Konstitution vor. Aber hinter der Kulisse regiert die Plutokratie; er ist es, der an goldenen Fäden jene Männer wie Marionetten agieren läßt. Denn jede Demokratie ist, solange die Plutokratie herrscht, nur eine Farce, ein Wort, das keinen Sinn hat, geschwollen zur Verblendung der Ausgeburteten.“

Dieses Urteil eines Wissenschaftlers, eines Soziologen, dessen Forschungsgebiet die Zusammenhänge in der Gesellschaft sind, sollte jedem Arbeiter zu denken geben. Die Schlussfolgerung aus dieser Erkenntnis ist nicht schwer: Sorgt dafür, daß jedes kapitalistische Presseorgan aus den Arbeiterwohnungen verschwindet, werbt neue Abonnenten für die „Freiheit“!

Sonnwendfeier der Jugend

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag beging die Sozialistische Proletariatsjugend auf dem Pichelswerder ihre Sonnwendfeier. Der Besuch zeigte, daß es mit der Organisation der S. P. J. gut vorwärts geht, waren doch bedeutend mehr Jugendliche anwesend als zur Waisfeier.

Nachdem trotz der verzweifeltesten Anstrengungen der Wettervorherleger wochenlang ein sehr zweifelhaftes Wetter war, hatte unvorse Proletariatsjugend großes Glück: ein klarer Sternenhimmel wölbte sich über die havelumfläumte Anhöhe, und lind und weich strich die Nachtkluft durch die Kiefern.

Kurz nach Sonnenaufgang lebte sich die Wiese und zwischen den Bäumen erstanden zahlreiche Zelte. Ein großer Holzstich war inmitten der Wiese errichtet.

Gegen elf Uhr begann die Feier mit dem gemeinsamen Gesang: Wir sind jung, Genosse Jachow rezitierte darauf einige Gedichte, wovon das erste: „Sonnenwende“ durch den guten Vortrag sofort die richtige Feierstimmung schuf. Genosse Kränzer-Kreutilla sprach dann eindringliche, von begeistertem Jugendherzen kommende Worte. Er verglich die aufstrebende Flamme, die helles Licht in die dunkle Nacht warf, mit der Gegenwart. Es gelte, die Macht der Unwissenheit und der Reaktion zu verdrängen durch das Licht des Sozialismus.

Nach der Ansprache wurde mit gutem Willen die Müllschene aufgeführt (vielleicht wählt die Jugend das nächste Mal lieber etwas anders), und der vom Genossen Mendelssohn eingeleitete Jugendchor trug einige Lieder vor. Die Jugend blieb dann die ganze Nacht bei Gesang und Tanz zusammen, bis die strahlend aufgehende Sonne den weißen Morgennebel zerteilte. Im ganzen ist der Sozialistischen Proletariatsjugend eine selten harmonische und schöne Feier gelungen!

Ein großes Jugendfest, an dem 4000 Schüler und Schülerinnen des 17. Verwaltungsbezirks (Lichtenberg) aus den Ortsteilen Lichtenberg, Friedrichsfelde-Karlshorst, Mahlsdorf, Kaulsdorf,

Biesdorf teilnahmen, wird vom Städtischen Musikverein für Kunst- und Volkserziehung des Bezirks am Freitag, 1. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, in dem für solche Vorstellungen besonders geeigneten Lichtenberger Stadion an der Herzbergstraße veranstaltet. Solange Aufführungen, Volkstänze und turnerische Vorstellungen bilden das Programm. Die begleitende Musik wird vom Deutschen Tonkünstler-Orchester ausgeführt, das auch während der Pausen konzertiert. Karten zu 2.— Mark für Erwachsene und 1.— Mark für Kinder sind u. a. in der städt. Schulabteilung, Lichtenberg, Rathausstraße 10, Parae 2, in Pichelswerder, Schulhaus, Verwaltungsbezirks 17, sowie in den Amtsstellen Biesdorf, Mahlsdorf und Kaulsdorf zu haben.

Safenkrieg und Selbstschuß in Wilmerdorf

Am 18. Juni 1921 verletzten zwei Leute, die mutmaßlich Schleppe für den im Hause Prinzregentenstraße 25 bei Schulpaier tagenden Spielklub waren, in die Möbelhandlung von Clavier, Badensche Str. 41, einzudringen. Als auf das Gebell des Hundes der Inhaber sich ihnen entgegenstellte, bedrohten sie ihn. Der Installateur Ostermann kam auf den Värm hin aus dem gegenüberliegenden Hause zu Hilfe. Jetzt kamen noch sechs Leute aus der Prinzregentenstraße, hielten dem Ostermann einen Revolver vor das Gesicht und behaupteten unter Vorweisung einer Karte, Kriminalbeamte zu sein. Clavier sowie dessen Fräulein wurden ebenfalls mit dem Revolver bedroht. Schließlich wurden sie zu Boden geschlagen, wo sie blutüberströmt liegen blieben. In diesem Augenblicke kamen zwei Herren, Angehörige des Selbstschusses, dazu, die ihr Weg aus einer in der Nähe tagenden Versammlung des Selbstschusses dort vorbeigeführt hatte, ein Tischlermeister Dombrowski, Badensche Straße 42, sowie ein Herr Rogge, beide mit Gummihüpfeln bewaffnet. Dombrowski erkundigte sich, wer der Ueberfallene sei und mit dem Rufe: „Ach, ein Jude! Den können sie ruhig totschlagen!“ ging er fort. Zwei der Verbrecher sollen später von der Sipo verhaftet worden sein. Von einem Einschreiten der Staatsanwaltschaft gegen den Spielklub, den Selbstschuß oder den Herrn Dombrowski hat man nichts gehört. Nicht einmal Zeugen, mit Ausnahme des Herrn Clavier, sind vernommen worden.

Zuwachs der Feuerbestattungsbewerber

Der 1906 gegründete Verein der Freidenker für Feuerbestattung e. V., Sitz Berlin, SW. 68, Oranienstr. 83-84, hat die Mitgliederzahl von 100 000 überschritten und dadurch innerhalb eines Jahres einen Zuwachs von etwa 70 000 Mitgliedern zu verzeichnen, eine Tatsache, der kulturelle Bedeutung beizumessen ist, zeigt sie doch, wie immer mehr Menschen die Vorzüge der Feuerbestattung gegenüber der Erdbestattung einsehen. Noch vor wenigen Jahren wiesen sämtliche Vereine Deutschlands eine Mitgliederzahl von bloß einigen 1000 auf, und jetzt hat allein der Verein der Freidenker eine solche von mehr wie 100 000. Ihm gebührt das Verdienst, die Feuerbestattung, die bis vor wenigen Jahren fast nur in gut situierten, aufgeklärten Kreisen Anklang gefunden hatte, in den weniger und unbedeutenden Ständen populär gemacht zu haben. Durch niedrige Beiträge neben vereinfachtem Aunahmeverfahren hat er es jedem, selbst dem Schlichtigstesten, ermöglicht, seine Feuerbestattung sicherzustellen. Die gewaltige Mitgliederzahl vermag es, ein Vermögen von über 3 1/2 Millionen Mark anzufahren, welches zum größten Teil bei anderen gemeinnützigen Unternehmungen nutzbringend angelegt ist. In einigen Monaten wird der Verein zwei eigens konstruierte, vornehm ausgestattete Automobile in Betrieb nehmen, mit welchen verforderte Mitglieder aus Groß-Berlin und der Provinz nach dem Krematorium überführt werden. Wie der Verein darin dem Fortschritte Rechnung trägt, ist es in jeder anderen Hinsicht der Fall.

Zu erwähnen ist noch, daß das Wachstum des Vereins auch einen Fortschritt der freidenkerlichen Weltanschauung darstellt, da jedes Mitglied auf die Mitwirkung eines Weltlichen bei der Bestattung verzichtet. Sofern nicht ein Freund oder Bekannter des Verstorbenen bei der Trauerfeier redet, stellt der Verein einen Redner zur Verfügung, der in ansprechender Weise dem Toten letzte Worte im Sinne der monistischen Weltanschauung widmet.

„Rechtspredigung“ der Mietseiningungsämter

Am 23. Juni 1921 wurde gegen einen Mieter des Hauses Kopenhauer Str. 6 vor dem Mietseiningungsamt I verhandelt, der seit dem 1. Oktober 1911 in diesem Hause vorn 4 Treppen eine Wohnung von Stube und Küche bewohnt. Die Friedensmiete betrug 28 Mark pro Monat. Seit dem Erlaß über die Höchstmietendverordnung wurden Zuschläge in Höhe von 30 Prozent, zusammen also 36,80 Mark, gezahlt. Seit Oktober 1920 hat es dem Hauswirt beliebt, den Wert der Wohnung zu niedrig zu halten.

Er verlangt eine Erhöhung von 8 Mark pro Monat und die gesetzlichen Zuschläge, was natürlich abgelehnt wurde.

In Begleitung des Hauswirts erschien bei der Verhandlung ein Angehöriger des Wohnungsamtes, der versuchte, eine Einigung zwischen dem Hauswirt und dem Mieter zu erzielen. Zum Termin lag das Gutachten des betreffenden Herrn vor, der sich selbst, wie er angab, alle Reparaturen auf eigene Kosten ausführen lasse; danach wurde die Friedensmiete auf 34 Mark festgesetzt. Dazu kommen noch die gesetzlichen Zuschläge von 45 Prozent, demnach würde die Wohnung nun 49,30 Mark kosten.

Die Steigerung der Miete beträgt somit 96 Prozent. Wo bleibt da der Schutz des Mieters? Diese Entscheidung widerspricht den Bestimmungen des Gesetzes. Da es gegen die Entscheidungen der Mietseiningungsämter kein Rechtsmittel gibt und Entscheidungen oftmals den Gelehen zumider gesetzt werden, muß endlich die Möglichkeit geschaffen werden, in solchen Fällen die entscheidende Kammer regreppflichtig zu machen.

Die Hilfsausschüsse für Kriegsgefangene

Vom 10. Juli 1921 an bestehen in der neuen Stadtgemeinde Berlin nur noch 15 Hilfsausschüsse, und zwar je ein Hilfsausschuß am Sitze der Bezirksverwaltungen 7-20 und für die Verwaltungsbezirke 1-6 der Zentral-Hilfsausschüsse Berlin, Wolfenmarkt Nr. 9-10. Jeder Hilfsausschuß eines Verwaltungsbezirkes, der in Zukunft nach der Nummer des jeweiligen Bezirksamtes firmiert, ist für alle ehemaligen Kriegsgefangenen, die im Bezirke seines Bezirksamtes wohnen, zuständig. Anträge auf Wirtschaftsbefreiung und sonstige Zuwendungen aus Mitteln für Kriegsgefangene sind von diesem Tage ab daher von den einzelnen Verwaltungsbureaus der Bezirksämter dem jeweiligen zuständigen Bezirks-Hilfsausschuß zuzuleiten.

Für die Verwaltungsbezirke 1-6 wurde in Anbetracht dessen, daß in nicht zu ferner Zeit die Arbeiten der Hilfsausschüsse erledigt sein dürften und die Hauptarbeit bewältigt ist, von einer Dezentralisation abgesehen. Für diese sechs Verwaltungsbezirke erledigt weiterhin die Geschäfte der früheren Hilfsausschüsse der Stadt Berlin, der nun der Namen „Zentral-Hilfsausschuß der Stadt Berlin“ führt.

Die Haupttätigkeit der Hilfsausschüsse besteht zurzeit in der Bearbeitung von Nährungs- und Entschädigungs-Antragstellungen, über deren Zweck und Art in den letzten Wochen des öfteren berichtet worden ist.

Arbeiterolympiade in Prag

Die gestrige Hauptfeier der Olympiade des Verbandes der Arbeiter-Turnvereine nahm einen glänzenden Verlauf. Ueber 120 000 Zuschauer waren erschienen. Unter den Auswendigen ist zu erwähnen Ministerpräsident Cernog mit den Mitgliedern des Kabinetts, des diplomatischen Korps, der tschecho-slowakische Gesandte in Berlin, Tula, Führer mehrerer tschechischer Parteien, darunter Dr. Kramar und Cechla.

An den Übungen nahmen 8000 Männer und 2000 Frauen teil. Von fremden Turnvereinen traten 5 Klagen des Verbandes der Arbeiterturnvereine in Leipzig, eine zwanzigmalüberlegte der gymnastischen Schule für römisches Frauenturnen aus Leipzig, der Radfahrer Kurt Offenbach, eine zwanzig Mann starke belgische Klage usw. mit großem Erfolge auf. Gleichzeitig veranstalteten die kommunistischen Dissidenten des Verbandes, die sich als Föderation der Arbeiterturnvereine konstituiert hatten, ein eigenes Schauturnen, die von ihnen sogenannte Spartakiade. Sie wurde vormittags durch einen Umzug eingeleitet, an dem schätzungsweise 20 000 Personen teilnahmen.

Die Wirkung der Schundfilme

Jugendliche Expreffer hatten sich vor der 3. Strafkammer, des Landgerichts III auf die Anklage der Erpressung durch Bedrohung mit Mord zu verantworten. Die Strafvorschrift des § 264 St.G.B. lenkt die Ermächtigen für dieses Verbrechen nur auf die Anklage und keine mildernden Umstände. Die Angeklagten, erst 16jährige Schüler, H. und K., hatten an einem ihnen als wohlhabend bekannten Kaufmann mit der Schreibmaschine folgenden Brief geschrieben: Wenn Ihnen Ihr Leben lieb ist, folgen Sie unserem Rat. Sie hinterlegen hinter der dritten Pappel der linken Seite des Friedrichshains 2000 M. irgendwelche Benachrichtigung der Polizei ist zwecklos und verschärft nur Ihre Lage! Ein Freund der beiden, S., wurde dann beauftragt, das Geld abzuholen. Er wurde aber von der Kriminalpolizei, an die sich der Bedrohte oewandt hatte, nicht seinen Auftraggebern festgenommen. Vor Gericht gaben die Angeklagten den Sachverhalt zu und erklärten auf Vorhalt der Verteidiger, aus Detektivfilmen und Hintertreppentomanen die Idee und den Wortlaut des Exprefferbriefes entnommen zu haben. Mit Rücksicht hierauf

Felsenbrunner Hof

von Anna Croissant-Ruß

(A. Fortsetzung) (Nachdruck verboten) Peter wurde rot. Er erinnerte sich an Gespräche zwischen seinen Geschwistern und seinem Vater. Er sah sie alle am Tisch sitzen und lachen und schäkern. „Fahren wir bald wieder in die Stadt?“ frug der Vater, „fahren wir morgen? Heute? Ich lasse anspannen!“ Alwine sagte dann jedesmal etwas ernüchtert: — „Ja, hast du denn Zeit? Brauchst du die Pferde nicht in der Dekonomie?“ „Das war noch schön, wenn der Herr vom Felsenbrunnerhof sich nicht erlauben dürfte, in die Stadt zu fahren, wann's ihm paßt!“ brauste der Vater auf. „Bin ich ein Bauer? Soll ich den Wüststarrn fahren?“ Da blickten die Schwestern ihren eleganten Vater an und lachten laut, aber seine gute Laune war weg, er fuhr seine Töchter nicht zur Stadt. „Dein Mutter, wann ich wär! Verschwende und nix als verschwende.“ Das war Peter im Ohr hängen geblieben und verdichtete sich zu einer gewissen Unruhe bei ihm. Hannes machte in der letzten Zeit immerfort solche Annehmlichkeiten. Was war denn? Sie lebten doch gut und reichdeutungen. Sein Vater und Heinrich hatten den ersten Schneider, sich. Sein Vater und Heinrich hatten den ersten Schneider, seine Schwestern teure Kleider, die Mutter kaufte sich Hücher und Stiche, sonst sie wollte, das Haus war voller Dienstboten, Kasten und Keller voll! „Was meinst du denn immer, Hannes, mit deinen verfluchten Reden? Rede grad heraus! Wer verschwendet? Warum soll man nicht verschwenden? Was ist los? Wir sind doch reiche Leute?“ „Was ich meen, Peter? Nix meen ich. Ehr sin' freilich reiche Leute, ehr han de schenschte Besitz weit un breit, Icen reiche Leit, der Herr sinerpalz is so, — aber do g'heert cener her, Hof in der Hinnerpalz is so hot. Verstanne? Gud doch der alles sechst in der Hand hot. Verstanne? Gud doch um d'ich! Siehste dann was annertes wie eier Elgetum? U Goldgrub kennt der Hof sein! Freiherr, Fersche sin ehr! Fersche! Wann —“ „Aber Peter hörte nichts mehr. Wie der Alte so weit umfassend mit dem Pfeifenstiel in die sonnenbeglänzte Ferne gedeutet hatte, über Felder und Wiesen weg bis zum Wald, ward der Wunsch heiß in ihm entsacht, in die sprühende

goldige Pracht hinauszulaufen. Mit hellem Kopf stürzte er fort und war bald mitten in den Kornfeldern. Streck und Streck, vom Fuß der Berge, bis zu der Landstraße hin zogen sich lange hellgrüne Bänder wie aus zarter Seide gewebt. Regungslos standen die jungen Wehren. Das waren die Felder vom Felsenbrunnerhof. Fürsten seid ihr!“ und mit neuen Augen sah Peter auf die Acker, die sich schwachwellig mit dem Terrain hoben und senkten, bis sie sich, immer schmaler werdend, an der staubigen Landstraße verloren. Dort zitterte die Luft schon sommerlich heiß.

Die Worte des alten Hannes fielen ihm ein: „Was is des for-e Besitz? In der ganze Palz gibst's keen wie den!“ Es war, als hätte er erst Augen dafür bekommen, neue Augen, andere Augen.

Er hob den Kopf wie ein feuriges junges Ross, als er in den Wald eintrat, der ihm seine Kühle schon entgegen geschickt hatte. Schwarz und feucht war's unter den Tannen, und Peter dehnte sich wohligh wie in einem kühlen Bade. Es roch nach Harz und Blumen und jungen Kräutern, nach Frische und Wachstum. Immer höher stieg Peter, bis er bei einem Auslug die ganze in Blut zitternde Ebene vor sich sah.

Nichts rührte sich, kein Wind kam in die alten Buchen ober ihm. Die Sonnenscheiden standen unbeweglich auf dem violettbraunen Grund.

Die ganze Landschaft schlief in dieser heißen Stunde, kein Ton kam herauf, sein Vaterhaus schien förmlich von innen heraus zu strahlen, so glänzten seine weißen Mauern in der Sonne. Ganz ferne sah man ein paar Dächer, geduckt ruhten sie im Mittagsschlaf, kein Hahnenschrei, nicht das Bellen eines einzigen Tieres, kein Hundgebell, nichts war hörbar, alles stand wie verzaubert.

Und Peter kam sich plötzlich vor wie einer, der allein wacht, einer, dem dies alles gehörte, der nur die Hand auszustrecken brauchte — Besitz! Besitz! es war sein, er brauchte nur zuzugreifen; sogar die Quelle, die dort aus dem Felsen kam und die dem Hof den Namen gegeben, war sein, und auch der Gesang der Vögel, der auf einmal leise und wie tastend anhub, gehörte ihm. Sein war der uralte Hochwald, der seine Reiben über den Rücken hinstreckte, sein war die Luft, die er atmete, und er ließ sich mit einer wahren Vollkraft von der Sonne versengen, denn es war seine Sonne.

Freiherrn! Freiherrn. Rein Fürsten! Mit erhobenem Kopfe stürzte er über den Berg hinunter, und glühend kam

er am Hause an. Sein Vater lag im Feldstuhl unter den Kastanienbäumen, rauchte und schaute den Jungen, der sonst immer mit verdrossenem Gesicht herumließ, verwundert an.

Er hatte Peter gesehen, wie er noch als kleines Wüchschchen in seinem hellen Anzug am Waldbausgang aufgetaucht war und hatte seinen hastigen Lauf beobachtet, bis er unter den Heden des Gartens verschwand und dann plötzlich vor ihm stand, mit glänzenden Augen, fast einen Zug feierlicher Heiterkeit und Gehobenheit im Gesicht.

„Bursch, was ist mit dir los? Wo warst du denn?“ „Herumgeschaut habe ich,“ sagte Peter, „es war alles so schön!“

„Was denn?“

„Inser Besitz.“

Der Vater stuchte, runzelte die Brauen, dann lachte er. „Inser Besitz! Du gefällst mir! Weißt du auch, wie weit er reicht?“ Er zog die Uhr. „Wie denkst du denn darüber, mein Sohn, wir haben noch Zeit bis zum Vesperbrot, wollen wir uns unfern Besitz ansehen? Es ist ganz gut, wenn ich wieder einmal herumkomme, und Heinrich — na ja! Drinnen schläft er, also komm du. Wir nehmen den Hofweg, da ist es kühler.“

Zuerst hatte der Vater den Versuch gemacht, den Jungen an der Hand zu führen, es aber sofort in einem sichtbaren Magerlichsein unterlassen. Peter schritt ja wie ein Alter neben ihm und beschaute alles rechts und links, prüfend und wichtig. Aus Neigung hätte er seines Kindes Hand niemals erlasi, wie sich Peters Finger nie mit Zutrauen in die seinen gelegt hätten. Das war kein Kind, das neben ihm derging!

Der Vater wurde mißmutig, es begann ihn nach kurzer Zeit zu langweilen, dann zu ermatten und schließlich zu quälen, daß er diesen Gang vorge schlagen hatte.

Gewiß, Peter war ein ganzer Kerl gewesen, als er so glühend vor ihm stand, er hatte ihr Gefallen mit den blühenden Augen, er, der immer den Kopf trohig senkte; aber der, der so nüchtern mit ihm ging und so kluge und fast geschäftsmäßige Fragen stellte, war ihm unbequem. Er ahnte nicht, was in der Seele des Kindes vorging, fühlte nicht, wie Peter verlegen und unsicher war und wie das Gefühl allmählich schwand, das ihn so hochgetragen und dem Vater näher gebracht. Peter wieder fühlte die Erkaltung des Vaters, wußte sie nicht zu deuten und litt darunter. Einmal hatte er schüchtern gefragt, als sie an dem Kiefernwald vorbeiging: „Gehört der auch uns?“

(Fortsetzung folgt.)



empfehlen die **Dr. Frey und Wolff** die jugendlichen Missetäter der Rinde des Gerichts und beantragen für die Verfasser des Briefes Auslieferung zu erlernenden Strafe, und für S., der gar nicht gewußt habe, worum es sich handelte, die Freisprechung. Dementsprechend wurde S. freigesprochen, S. und R. zu je zwei Monaten Gefängnis unter Strafaussetzung verurteilt.

### Gemeinsame „Arbeit“

Ein Konsortium von Verbrechern und Kriminalbeamten, welches eine ganze Serie der verschiedensten Straftaten auf dem Schuldkonto hat, wurde gestern auf längere Zeit unschädlich gemacht. Angeklagt waren die wegen Erpressung und Gewerbsunzücht vorbestrafte angebliche Wirtshausbesitzerin Elisabeth Marie Müller, der wegen räuberischer Erpressung vorbestrafte Kullcher Karl Kratzwurk, der schon mit Zuchthaus bestrafte Arbeiter Robert Schröder, der Kaufmann Willi Below, der vielfach vorbestrafte Werkmeister Paul Wichmann und der Kriminalwachmeister Franz Koss. Die mittelstündigen Kriminalwachmeister Kellner, Förster und Grümlich sind inzwischen zu Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren verurteilt worden.

Die Leiterin des Verbrechertortums war die Angeklagte Müller, welche mit einem ebenfalls schon abgeurteilten Kellner Tauschfreund in wilder Ehe lebte, an der sich als dritte im Bunde die inzwischen zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilte angebliche Verkäuferin Rahr beteiligt hatte. Die Müller verstand es, in äußerst raffinierter Weise sich an Kriminalbeamte heranzumachen und diese so in ihre Netze zu ziehen, daß sie sich schließlich sogar an den von ihr ausgeübten Verbrechen beteiligten. Auf diese Weise hat sie bereits fünf Kriminalwachmeister, durchweg jüngere Beamte, ins Verderben gestürzt. Mit Hilfe dieser Kriminalbeamten wurden als erste Straftat zwei Türken, Dr. Fuad und Dr. Mansur, im „Café Größewahn“ 30 rotgestempelte Tausendmarkscheine abgenommen. Einem bayerischen Kaufmann, der hier Gold verkaufen wollte, wurde im Bureauhaus Börse ein Kilo Feingold abgenommen, während es dem Betrogenen gelang, vier weitere Kilo Gold zu retten, indem er sich auf das wertvolle Paket legte. In gleicher Weise wurde ein Schlächtermeister Urbe um 27 000 Mark geprellt.

Dem Inhaber des „Klosterkellers“, Kaufmann Breuer, bei dem sich die Müller als Dienstmädchen permittiert und dabei die Gelegenheit zum Diebstahl ausbaldowert haben sollte, wurden durch Einbruch Belze, Teppiche und Silbergegenstände im Werte von 30 000 Mark entwendet. Den Hauptcoup verübte Wichmann, welcher in der Maste eines Leitungsleiters einer in der Kaufstraße wohnhaften Gehelmtin ein Verlöbte im Werte von über einer Million Mark entwendete. Dieses Kollier wurde durch einen inzwischen flüchtig gewordenen Juweliendieb Weinstock nach Paris verkauft. Nachdem es dem Kriminaloberwachmeister Wild gelungen war, die Täter zu ermitteln, wurde es auch möglich, die gestohlenen Pretiosen wieder herbeizuschaffen.

Wegen des jetzt zur Anklage stehenden Falles Breuer beantragte der Staatsanwalt Gefängnis- und Zuchthausstrafen bis zu 4 Jahren. Die Angeklagten Frau Müller und Wichmann wurden freigesprochen. Die Angeklagten Krautwurk und Schröder zu je 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, die Angeklagten Below und Kriminalwachmeister Koss erhielten 1 Jahr 3 Monate bzw. 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Koss wurde sofort in Haft genommen.

**Charlottenburger Bezirksversammlung am 22. Juni 1921.** Wie ernst es jene Leute von rechts mit dem Dank des Vaterlandes nehmen, zeigte hier am Ort die letzte Sitzung. Zu Beginn der Tagesordnung war von rechtssozialistischer Seite eine Dringlichkeitsanfrage betreffs der skandalösen Zustände im Charlottenburger Schlachthaus, wo man Kranke und Verkrüppelte ohne jegliche Hilfe von Ärzten wie Schweinern wochenlang liegen läßt, um die Räumung des Lazaretts zu erzwingen, eingebracht. Von deutsch-nationaler Seite wurde der Dringlichkeit widersprochen, angeblich, weil das Bezirksamt nicht berechtigt sei, dazu Stellung zu nehmen. Erst nach längerer Geschäftsordnungsdebatte zogen sie ihren Einspruch zurück. Genossen Kemmich beauftragte die Justiz und rechnete mit der Rechts gründlich ab, die in der Behandlung dieser Angelegenheit jedes Gefühl von Menschlichkeit vermissen ließe. — Den Vorlagen des Bezirksamtes wurde im wesentlichen zugestimmt. Die Zustimmung zu der baulichen Ausbesserung von Schuldienerwohnungen in Kellerräumen lehnten wir ab, da diese Wohnungen nach dem Übergang geleitet werden können. Eine längere aufgeregte Debatte rief die Anfrage unserer Fraktion hervor: „Ist das Bezirksamt bereit, Auskunft zu geben, ob die Abt. 10, dem Peters aus den Kolonien, in weiten Volkstreffen als „Hänge-Gewehr“ bekannt, ein Denkmal im hiesigen Bezirk zu setzen?“ Unter Genosse Carlinsky begründete unsere Anfrage und wies darauf hin, daß es wirklich nicht nötig wäre, mit Wahrzeichen aus monarchistischer, byzantinischer Zeit die Stimmung der weitesten Bevölkerung innerhalb unseres Verwaltungsbezirks zu reizen. Es wäre dringend angebracht, solche Pläne von Seiten des Magistrats nicht aufzusetzen, die zu den schwärzesten Schandflecken der deutschen Kolonialgeschichte gehören. Die Antwort des Bezirksamtes war dahingehend, daß es alles vermeiden wolle, was zu irgendwelchen Anstößen einer Partei führen sollte.

**Der Wert von Leibesübungen für die Gesundheit.** Von größter Bedeutung für die Stärkung und Erhaltung unserer und unserer Kinder Körperkräfte ist bekanntlich der Einfluß von Luft, Licht, Wasser und Leibesübungen. Die herannahende Ferienzeit bietet die beste Gelegenheit, die genannten Faktoren auf den menschlichen Organismus in besonderem Maße einwirken zu lassen und sie mit turnerischen Übungen zu verbinden. Um hierfür ärztliche Ratsschlüsse und Winke zu geben, veranstaltet der Landesauschuss für hygienische Volksbelehrung am Dienstag, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr, unentgeltliche Lichtbilder-Vorträge in folgenden Lokalen: Königstädtische Oberrealschule, RD, Poststr. 44/46; Königstädtisches Realgymnasium, RD, Berner Str. 57/58; Reform-Realgymnasium, Reinickendorf, Berner Str. 7; VIII. Fortbildungsschule, R, Grünhalden Str. 5; 309. Gemeindefschule, R, Dunderstr. 64; Dorotheenstädt. Realgymnasium, RB, Dorotheenstr. 12; Friedrich-Werdersches Gymnasium, RB, Bodumer Str. 8 b; Kirchener-Oberrealschule, RB, Zwinglstr. 2; Sophien-Realgymnasium, C, Steinstr. 31/34; Carl-Wilhelmsschule, Realh. SD, Mariannenstr. 47; Uhlandschule, Schöneberg, Kolonnenstr. 21/23.

Die Stelle des Kreisjugendpflegers in Spandau, die infolge Rückkehr des Jugendpflegers Vogel in den Schuldienst zum 1. Juli frei wird, ist auf Beschluß des Bezirksamtes vorläufig kommissarisch Herrn Fortbildungsschullehrer Besener übertragen worden.

**Freigabe von Kohlen.** Vom 1. Juli 1921 ab werden zur Entnahme und Abgabe von Kohlen folgende weitere Abchnitte der Kohlenkarte freigegeben: Abschnitt 5 der 5-Zentner-Kohlenkarte, Abchnitte 4 und 5 der 10-70-Zentner-Kohlenkarten. Bezorjunt zu beliefern sind die bereits früher freigegebenen Abchnitte der Kohlen-, Koks- und Sonderkarte. Weiterhin wird die Frist, innerhalb deren nach der Bekanntmachung des Kohlenamts Berlin vom 14. Mai 1921 jede Haushaltung gegen Vorlegung der Kohlenkarte bis zu 10 Zentnern Gaswärmekessel markenfertig beziehen kann, bis zum 31. Juli d. J. verlängert. Das Kohlenamt weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß es im Interesse jedes einzelnen Verbrauchers gelegen ist, sämtliche freigegebenen Brennstoffmengen baldmöglichst zu beziehen, da einerseits die Ränge mit einer Preiserhöhung und 2. der Kohlenkarte für die nächste Zeit in Aussicht genommen ist.

**Städtische Sparkasse.** Die Verwaltungsdeputation der städtischen Sparkasse hat die Abfertigungstunden für die Sparkassen und Giroabteilungen vom 27. Juni ab einheitlich wie folgt festgesetzt: Für die Sparkassenabteilungen von 9 bis 1 1/2 Uhr. Für die Giroabteilungen von 9-1 Uhr. Dies gilt gleichmäßig für alle Sparkassen der neuen Stadtgemeinde Berlin.

**Unentgeltliche Schulbrausebäder in Reutkolln.** Wie im Vorjahre werden auch während der diesjährigen großen Ferien vom 11. Juli d. J. ab im Reutkollner Stadtbad Brausebäder an jedem

Wochentag von 9-12 Uhr an Gemeindefchüler unentgeltlich abgegeben. Die Badewäsche ist von den Kindern mitzubringen.

**Spandau.** Die Bezirksverordneten Siegfried Leo, Max Fint, Walter Brandt und Frau Morey sind aus der V. R. P. D. ausgeschlossen und in unserer Partei aufgenommen worden.

**Das Nachrichtenamt des Magistrats** teilt mit: Transportkosten für Krankenwagen werden bei Kassenmitgliedern von den Krankenkassen, bei Privatien, die selbst den Wagen bestellen, von ihnen selbst eingezogen. Stellt sich heraus, daß der Besteller nur aus Menschlichkeitsgefühl gehandelt hat, im übrigen aber für die Bezahlung der Transportkosten nicht in Frage kommt, so wird die Rechnung selbstverständlich niedergezogen. Krankentransporte ohne weiteres kostenfrei auszuführen, gestattet die Finanzlage der Stadt nicht.

Verloren hat eine Genosse am Sonntag, den 26. d. M., im Walde bei Buch, westlich der neuen Anstalt, eine dunkelrote Brieftasche mit 525 Mark. Der Finder wird gebeten, die Tasche gegen gute Belohnung abzugeben bei Tebel, Schwedter Str. 24 v. 4 Tr.

**Ein Zuchthäuser verhaftet.** Einer großen Zuchthäuserziehung kam das Polizeiamt Lichtenberg vorigen Jahres auf die Spur, 60 Zentner Jüder wurden von einer Schiebergesellschaft unter der Vorpiegelung verkauft, es sei „überschüssiger Jüder“, den der Berliner Magistrat abstoßen wolle. In Wirklichkeit stammte er aus einem bestohlenen Wagon einer Sendung, die von der pommerschen Provinzial-Zuchthäuserziehung zur Verteilung abgegangen war. Eine Reihe von Beteiligten wurden verhaftet, darunter auch ein gewisser Bernah. Dieser wurde zunächst wieder entlassen, bald aber von neuem gefasst. Es ergab sich, daß gerade Bernah 30 Zentner Jüder über eine Firma in der Choriner Straße nach deren Zweigstelle in Rathenow geschafft hatte. Bernah wurde seitdem vergeblich gesucht. Erst gestern gelang es, ihn auf einem Raubengelände in Lichtenberg zu ermitteln und wieder festzunehmen. Der Verfolgte kannte alle Lichtenberger Kriminalbeamten und zog sich, so oft er einen von ihnen erblickte, schleunigst auf das Raubengelände und in seinen Schlupfwinkel zurück. Gerade aus diesem Grunde und zu diesem Zweck hatte er sein Versteck ausgewählt.

## Gewerkchaftliches

### „Pechfadeln und Brandgranaten“

Der Nr. 26 der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ entnehmen wir die obige Spitze. — In einer „Ministerielle Gefährdung des Wirtschaftsfriedens“ überschriebenen Notiz, die auf der ersten Seite prangt, finden wir eine sehr scharfe Polemik, die sich gegen den — man höre und staune — Reichsernährungsminister Hermes wendet. Hermes trat ja bekanntlich für die Interessen der Junker ein, so daß wir über kurz oder lang doppelte Brotpreise zu zahlen haben werden. Im Reichstage führte er aus, daß die Erhöhung der Getreidepreise durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter ausgeglichen werden müßte. Darüber wurde die Arbeitgeberzeitung rabiat. Es wird erklärt, daß die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens und die unausgesetzte Steigerung der Produktion aufrechterhalten bleiben muß. An nun kommt Hermes und trägt in die weitesten Kreise eine „begreifliche Beunruhigung“ hinein, und zwar „jongliert Herr Hermes mit Pechfadeln und Brandgranaten und stellt sich zugleich auch damit in Gegensatz zu allen maßgebenden Sozialpolitikern und Wirtschaftsfachverständigen“.

Das Blatt beruft sich dann auf das Urteil des famosen Arbeiterführers — Erkelenz, der erklärte, daß für „schon redende Demagogen“ ein Tummelplatz ersten Ranges durch die jetzigen Schwierigkeiten geschaffen wurde. Erkelenz wird dann gegen Hermes ausgespielt, und es wird erklärt, aus der trefflichen Charakterisierung Erkelenz' mag sich Herr Hermes den auf ihn entfallenden Teil herausnehmen.

Es ist ein Schauspiel für Götter. So wie den Unternehmern eine Verminderung ihres Profits aufgezwungen wird, werden sie sofort nervös und vierschrobig. Daß ausgerechnet Hermes sich den Jörn der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ herausbeschwört, ist das Lustige an dieser Geschichte. — Diese Stellungnahme ist ein weiterer Beweis dafür, wie das Unternehmertum sich für die bald einsetzenden Wirtschaftskämpfe rüftet. Hoffentlich ziehen unsere Genossen die Schlussfolgerung und versuchen, durch geschlossenes, einmütiges Handeln den frommen Wünschen des Unternehmertums entgegenzutreten.

### Vierundvierzig-Stunden-Woche in — Australien

Wir teilen feinerzeit mit, daß die Vierundvierzig-Stunden-Woche in Australien in verschiedenen Industrien gesetzlich festgelegt werden sollte. Zu diesem Zweck ist das Urteil eines Richters eingeholt worden, der diese ganze Frage unteruchen sollte. Richter Beeby kam zu folgendem Ergebnis: Er befürwortete die Einführung der Vierundvierzig-Stunden-Woche für 46 Berufe, die namentlich angeführt wurden, und die wir dem „Australian Worker“ vom 14. April entnehmen. Er empfahl weiter, daß die vierundvierzig Stunden an 5 1/2 Tagen abgeleistet werden sollen, und zwar je 8 Stunden an Wochentagen und 4 Stunden am Sonnabend. Falls gegenseitige Unterhandlungen zwischen Unternehmern und den Arbeitern stattfänden, schlug er weiter vor, an jedem Tag 8 Stunden und 48 Minuten zu arbeiten, so daß der Sonnabend frei wäre.

Richter Beeby erklärte in seinem erstatteten Report, daß von Unternehmern keine Argumente vorgebracht wurden, die die Behauptung rechtfertigen würde, daß die Industrie bzw. die Produktion darunter zu leiden hätte. Zum Schluß wird erklärt, daß durch die Reduktion der Arbeitsstunden keine Lohnverminderung eintreten darf, dergleichen muß jedes Ueberstundenverbot verboten werden.

Hoffentlich dauert es nicht allzulange in Deutschland, daß wir ebenso weit in der Durchführung der Vierundvierzig-Stunden-Woche sein werden.

### Gewerkschaftskongreß in Lettland

Aus Riga wird uns geschrieben: Anläßlich fand in Riga ein Kongreß der Gewerkschaften in Lettland statt. Es waren 37 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter durch 174 Delegierte vertreten. Auf dem Kongreß war eine starke sozialdemokratische Majorität vorhanden. Alle großen Verbände, wie die Landarbeiter (12 000), die Eisenbahner (6 000) u. a., hatten fast ausschließlich Mitglieder der lettlandischen Sozialdemokratie als Delegierte gewählt. Als die Kommunisten ihren Willen auf dem Kongreß nicht durchsetzen konnten, verließen sie unmutig den Verhandlungssaal und kehrten nicht mehr zurück. Der Kongreß hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß die Gewerkschaften Lettlands auch künftig in der Kammer d'amer Internationale verbleiben. Es wurde zum Schluß eine Zentrale gewählt, der Gen. Wezla als Vorsitzender und Gen. Roriz als Sekretär angehörten.

**Betriebsräte der Hauptgruppen 1, 4 und 7 der Metallindustrie.** Alle Betriebsräte der U. S. P. ersuchen wir, zwecks Vorbesprechung am Dienstag, den 28. Juni, abends 1/2 Uhr, im Arbeitonahweis-saal zu erscheinen. Wahlverzeis und Mitgliedsbuch ist vorzulegen.

Zu den Vorgesängen im Gewerkschaftshaus. Eine Funktionärverammlung der Belegschaft Igo-Lichtenberg beschloß, an die Berliner Gewerkschaftskommission das Ersuchen zu stellen, eine aus allen drei politischen Parteien bestehende Untersuchungskommission einzusetzen. Der Ausschuss des Erwerbslosenzrats will dann seinerseits seine Zeugen nennen.

## Reichtum und Gland

### Zwei Schilderungen

Im Verlage von Dr. Eysler u. Co. erscheint eine illustrierte Zeitschrift, die den exklusiven Titel „Elegante Welt“ führt und Anweisungen enthält, wie man ein gutes Leben führen muß. Die beiden erschienenen Nr. 12 beschäftigt sich unter anderem mit dem Leben und Treiben in deutschen Lu zu s b a d e r n. Wir wollen uns damit begnügen, einige Stellen zu zitieren:

Da heißt es z. B. von einem Hotel des Seebades Heringsdorf:

„Ein Anruf der Atlantic-Teles-Berkehrsgesellschaft in Berlin genügt, um alles, aber auch alles weitere zu veranlassen: die Einpackung, Abholung und Beförderung des Gepäcks, die Beförderung des Badegastes im 18-45-PS-Luxus-Phacilon, Pianik unterwegs, Ankunft im Hotelzimmer, wo man alles so wiederfindet, wie es dabeiin verlassen wurde.“

Dieser ausgelassene Komfort, der auch nicht den leisesten Wunsch unerfüllt läßt, erinnert an Fressas phantastischen Roman vom Wanderer ins Nichts. Wer ihn in seinen Annehmlichkeiten zum eigenen Erlebnis werden lassen will, braucht sich nur — des Fernsprechers zu bedienen.“

Von einem Hotel in Wiesbaden wird folgende Schilderung entworfen:

„Man muß einfach dagewesen sein! ... Dort trifft sich die internationale Eleganz von verwöhntem Geschmack, wo die Jazzband spielt und alle politischen Gegenstände unter den Klängen des Schimmis verstimmen. Zwischen schäumendem Sekt, Whisky frappe und Frauen von Welt, die sich ihrer Schönheit bewußt sind.“

Und während so ein kleiner Kreis von Menschen in Genüssen und Freuden aufgeht, sieht die Masse der Bevölkerung vor der Gefahr des Hungertodes. Auch dafür anstatt eigener Worte nur ein Zitat, daß die „Vossische Zeitung“ als Zeitschrift veröffentlicht:

Die Verzweiflung darüber, dem Hungertode preisgegeben zu sein, wenn der letzte Pfennig verbraucht ist, ist bereits in den Kreisen dieser alten Leute so groß, und die aus dieser Ursache erwachsenen Verzweiflungszustände sind so zahlreich, daß die Regierung sich eingehend mit der Verbesserung der Lage dieser alten, erwerbsunfähigen Leute befassen sollte. Die Schläge ist bereits so ernst für die Betroffenen, daß an Stelle des Bedauerns endlich die Tat treten muß. Menschliches Mitleid fordert dies mit zwingender Notwendigkeit. Die Regierung, welche ihre alten Leute, wenn sie dem Stamme zur Last fallen, nicht, und nicht langsam verhungern lassen, wären uns sonst in der Menschheit über.“

Ofmals hat man wirklich den Eindruck, daß das soziale Gewissen der Regierung dem der bestehenden Kreise in Europa überlegen ist.

## Kein Geld für Kulturzwecke

Im Etat des Ministeriums des Innern sind für die organische Ausgestaltung des öffentlichen Schulwesens, für die Förderung des Volksbildungswesens, zur Verwirklichung des Arbeitsunterrichtes jage und schreibe 400 000 M. ausgeworfen. Bei der Beratung dieses Etats verlangte Genosse Rosenfeld namens unserer Fraktion eine Erhöhung dieser Summe auf eine Million Mark. Gleichzeitig rügte er, daß für Unterrichts- und Lernmittel an den Fortbildungsschulen, die nach der Verfassung unentgeltlich sein müssen, nicht ein Pfennig vorgezogen sei. Er beantragte die Einsetzung von zwei Millionen Mark für diese Zwecke.

Staatssekretär Schulz (der Rechtssozialist Schulz) trat den Anträgen entgegen. Er verteilte auf die Verhandlungen, die erst mit den Wählern nötig seien, und auf die Beratungen des Bildungsausschusses, die erst abgesehen sein müssen. Müller (Soz.) erklärte, daß er zwar grundsätzlich keine Bedenken habe, es aber nicht für zweckmäßig halte, den Anträgen zuzustimmen.

Genosse Rosenfeld wies ihn darauf hin, daß die Zweckmäßigkeit der Unentgeltlichkeit der Unterrichts- und Lernmittel bei der Beratung der Verfassung zu prüfen war, zu allererst dürften diejenigen, die die Verfassung angenommen haben, sich gegen die Anträge wenden.

Beide Anträge wurden von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt, auch die Rechtssozialisten stimmten dagegen.

## Arbeiter Sport

**Arbeiter-Sport-Karrieren** Hildesberg. Wie Turngenossen und Turnschwebern unter 20 Jahren, welche am Reichstagen in Guben teilnehmen, sind betriebs der Jahrspreisverteilung dem Vorsitzenden des Jugendauschusses, Erich Kaywald, Tashortler Straße 18, bis zum 4. Juli zu melden.

## Parteiveranstaltungen

**Frankfurt am Main! Mittwoch, 7 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 64, wichtige Sitzung.**

7. Bezirk (3. Verwaltungsbereich Heddinger). Arbeitslose Parteigenossen, die die dem Diktat vorgezeichneten Bedingungen erfüllen, haben sich, um die „Freiheit“ für den Monat Juli zum halben Abonnementspreise zu beziehen, spätestens bis zum 20. d. M. bei ihren Bezirksleitern resp. Kassierern zu melden. Die Bildung beim Diktatverfahren, Gen. Spiging, hat bis spätestens zum 20. d. M. zu erfolgen.

12. Bezirk. Jugendklub. Die Genossen, deren Kinder während der Ferien vertrieben werden können, dieselben beim Genossen Josim, Döhner Str. 4, oder in der nächsten Wohnung abholen.

In der letzten Parteiverammlung ist ein brauner Stuhl verkauft worden. Bitte denselben anzukaufen bei Rud. Schönbauer Str. 18.

**Dienstag, 28. Juni**

**Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte.** Abends 6 Uhr Fraktionsitzung Sitzsaal Breite Str. 6 im Bezirksamt. Kommunale Objekte sind dazu eingeladen.

11. Bezirk, Nordosten. Sitzungen zur Generalversammlung am Freitag sind von heute ab an die Genossen weiterzugeben.

15. Bezirk, 1. Abteilung. Die Mitglieder der Kommunalen Kommissionen müssen heute abends 7 1/2 Uhr, nebst dem für Gen. Grünert Weg 65, erscheinen.

Bezirk Hildesberg-Stadt. Abends 7 1/2 Uhr — Bierles Bierles — Fraktionsitzung bei Gärner, Zwickmühlstr. 44.

Charlottenburg. Fraktionelle Geschäftsleitungsitzung abends 8 Uhr bei Gen. Kallert-Bogdan-Winkel 41.

West-Berlin. Abends 7 1/2 Uhr Parteiverammlung der U. S. P.-Stützpunkte und Kandidaten in der „Deutsches Volk“, Weichstr. 8.

Nieder-Schöneberg. 7 1/2 Uhr Parteiverammlung bei Gen. Berliner Str. 26. Vortrag des Genossen Reimann. Gäste willkommen.

**Mittwoch, 29. Juni**

5. Verwaltungsbezirk, 17. Bezirk, Bildungskommission. Abends 7 Uhr Sitzung bei Wittlich, Petersburger Str. 5.

6. Verwaltungsbezirk, 17. Bezirk, 5. Abt. Abteilungsversammlung bei Dese, Schreinerstr. 18.

18. Verwaltungsbezirk (Köpenick, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Schönewald, Hohenschönhausen). Mitgliederversammlung im Stadt-Theater, Köpenick, abends 7 1/2 Uhr. Vortrag des Genossen Linke: Gemalt als politisches Prinzip. Diktatleistung pünktlich 7 Uhr.

19. Verwaltungsbezirk (Abt. Niederschönhausen). Teilnehmer am Kinderausflug treffen sich nach 3 Uhr am Rathaus, Wilschstraße.

15. Verwaltungsbezirk. Abends 6 1/2 Uhr bei Gärner, Zwickmühlstr. 12, Sitzung der Bezirksleitung.

8. und 6. Bezirk und Charlottenburg. Abends 7 1/2 Uhr gemeinsame Parteiverammlung bei Kallert, Schreinerstr. 18. Bezeichnung zum Wahltag.

18. Bezirk (früher 18.). Abends 6 1/2 Uhr Parteiverammlung bei Schurmann, Steiner Str. 11.

18. Bezirk, Köpenick. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung bei Schellert, Alte Talschloßstr. 24. Taten nehmen die Parteimitglieder, die Bezirksleiter und die Mitglieder der Kommunalen Kommissionen teil.

Reinickendorf-CK. Abends 7 1/2 Uhr Parteiverammlung im Seebad, Hildesbergstr. 4. Vortrag des Genossen Röhren über „Schul- und Erziehungsfragen“.

## Bereinskalender

**Freitag, 1. Juli**

**Arbeiter-Tanz und Sportklub, 1. Kreis.** Zum Vändereitskampfs „Hinsch-Deutschland“ sind alle Vereine und Abteilungen, die Wettkämpfe eingeleitet haben, verpflichtet, je zwei Kompositionen zu stellen. Sitzung derselben abends 7 Uhr in der Geschäftsstelle Richte, Köpenicker Str. 108.

## Geschäftliches

Heute muß man jeden Groschen sparen. Die beste Sparmaßnahme ist, nur Qualitätswaren zu kaufen. Siehe das heutige Inserat der Firma **W e g l i n g & C o.**, Poststr. 20.



# Ein Vorstoß gegen die Republik

## Deutscher Reichstag

125. Sitzung, Montag, den 27. Juni.

Ein Antrag auf Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Höllein (Komm.) geht an den Geschäftsordnungsausschuß. Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Heydemann (Komm.) zur Strafverfolgung wird nicht erteilt.

Es folgt die Beratung von Nachtragsetats für 1921.

Der Nachtrag zum Haushalt des Reichsministeriums für Wiederaufbau wird ohne Aussprache angenommen.

Es folgt der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

Abg. Hoff (Soz.) beantragt, die gestrichene eine Million Mark zum Zwecke der

### Schulung der Betriebsratsmitglieder

nach dem Wunsche der Gesellschaft für soziale Reform wieder einzulegen. — Der Antrag wird gegen die Rechte angenommen. — Der Antrag wird gegen die Rechte angenommen. — Der Antrag wird gegen die Rechte angenommen.

Es folgt der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums. Es wird eine Entschädigung angenommen, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Verkehrs zwischen dem Reich und Ostpreußen die Seeverbindung durch Gewährung ausreichender Subventionen im Wege langfristiger Verträge mit den beteiligten Schiffsahrtsgesellschaften sicherzustellen; ferner wird um Beschleunigung der Vorarbeiten zu einem Großschiffahrtswege vom Ruhrgebiet nach den Nordseehäfen Bremen und Hamburg und um Vorlegung einer Denkschrift darüber ersucht. Der Haushalt wird angenommen.

### Der Vorstoß gegen Schwarz-Rot-Gold

Es folgt die Beratung des schleichenden Antrages aller bürgerlichen Parteien: Unter Würdigung des einmütigen von der deutschen Meider, den seemannischen Berufsverbänden, den Vertretungen des Ueberseehandels und der Auslandsdeutschen dem Reichstage vorgetragenen Wunsches die Regierung zu ersuchen, die Verordnung über die deutschen Flaggen vom 11. April 1921 insofern, als sie sich auf die Handelsflagge bezieht, bis auf weiteres außer Kraft zu setzen, weil durch eine Aenderung der alten Handelsflagge der Wiederaufbau der deutschen Seeschifffahrt, die Wiederanknüpfung überseeischer Handelsverbindungen und die Gemeinschaft der Auslandsdeutschen mit ihrer alten Heimat gefährdet würden.

Abg. Gildemeister (D. Sp.) begründet den Antrag. Artikel 3 der Reichsverfassung sieht vor, daß für die Handelsflagge eine schwarz-rot-goldene Gösch im linken Felde der schwarz-weiß-roten Flagge eingefügt werden soll. Die Einfügung dieser Gösch hat keine Berechtigung, in den Kreisen aller seemannischen Interessenten betrachtet man die Einfügung von Schwarz-Rot-Gold als unbegründet. Vor allem die Auslandsdeutschen wollen die reine schwarz-weiß-rote Flagge erhalten wissen, unter der Deutschland groß geworden ist. Es besteht geradezu eine Gefährdung des Wiederaufbaues unserer überseeischen Beziehungen, wenn wir die Flagge tatsächlich ändern. (Widerpruch links.)

Abg. Dr. David (Soz.): Die Flaggenfrage ist durch die Verfassung klar entschieden. Wenn der Antrag verlangt, daß die Flaggenverordnung bis auf weiteres ausgesetzt wird, so heißt das doch im Sinne der Antragsteller: für alle Zeiten. (Sehr wahr! links.) Wenn Sie (nach rechts) Schwarz-Weiß-Rot erst als Auslandsflagge haben, so haben Sie eine gute Position erobert für die

### Beseitigung der republikanischen Inlandsflagge.

Die Gesamtheit des deutschen Volkes hat ein lebhaftes Interesse daran, daß die Flagge der Republik aller Welt gezeigt wird. (Sehr richtig! links.) Die Argumente gegen die schwarz-rot-goldene Gösch sind einfach lächerlich. Das Vertrauen zu der Güte deutscher Waren stützt sich doch nicht auf die Farben der Flagge. Die ganze Welt weiß doch, daß unsere Verfassung sich geändert hat und daß mit der Republik auch republikanische Farben das Gegebene sind. Auch in Frankreich wurde nach jeder Revolution das bourbonische Vitenbanner niedergeböhlt und die Tricolore aufgezogen. Die meisten Länder, mit denen die Auslandsdeutschen Handel treiben, sind doch Republiken oder wenigstens Demokratien. Die eigentlichen Gründe für diesen Antrag sind ja auch nicht technischer, sondern verdammt politischer Art. Es ist einfach ein monarchistischer Vorstoß gegen die Farben der Republik. Ich bedauere sehr, daß die Antragsteller sich auch

auf Leute wie Paul Müller berufen können.

Müller war zu seinem Befehle von dem Vorstand des zuständigen Verbandes nicht ermächtigt. Die seemannische Arbeiterbevölkerung hat erst gestern einmütig gegen die Abschaffung der republikanischen Farben protestiert. Die Rechte wünscht, wie mehrfach ausgesprochen wurde, den Volkenschild über die Flaggenfrage. Wir werden diesen Kampf kämpfen — er geht dann um die Parole: die Republik — die Monarchie! Dann werden wir ja sehen, wo das Volk steht. (Unruhe rechts.)

Abg. Braun (S. P. D.) verweist darauf, daß der Antrag auf Aenderung der Flagge eine Zweidrittelmehrheit erfordert, da die Flaggenfrage durch die Verfassung geregelt ist.

Oberhofen (Dnt.): Die deutschen Seeleute wollen unter der schwarz-weiß-roten Flagge fahren, weil sie wissen, daß unter dieser Flagge Deutschlands Wohl am besten blüht.

### Abg. Breitscheid (U. S. P.):

Meine Fraktion teilt den Standpunkt des Abg. Braun. Der Antrag läuft auf eine Verfassungsänderung hinaus. Um diesen Antrag zu verwirklichen, bedarf es daher der qualifizierten Mehrheit. Die Verfassung stellt ausdrücklich fest, daß die Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold ist und die Handelsflagge schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke. Vom staatsrechtlichen Standpunkt aus muß ich sagen, daß die Verordnung des Reichspräsidenten nicht mit der Verfassung in Einklang zu bringen ist. Es geht nicht an, nachträglich Teile der Verfassung durch beratige Verordnung irgendwelche aufhebende Wirkung beizulegen. Wir könnten sonst sehr leicht in ganz unhaltbare Situationen gelangen. Die Flaggenfrage ist ein integrierender Be-

standteil der Verfassung. Eine Aenderung kann nur geschehen auf dem Wege, der für Verfassungsänderungen vorgeschrieben ist. Für uns ist die grundsätzliche Frage, ob Schwarz-Weiß-Rot oder Schwarz-Rot-Gold von untergeordneter Bedeutung gegenüber der anderen Frage, was unter dieser Flagge für eine Politik gemacht wird. Es hilft uns nichts, die schwarz-rot-goldene Flagge zu hissen, wenn unter dieser Tricolore die alte

### Schwarz-weiß-rote reaktionäre monarchistische Politik

weitergemacht wird. In einem sind wir mit dem Abg. David einig. Wir betonen es sogar mit größerem Nachdruck, daß die Arbeiterschaft am allerwenigsten Anlaß hat, sich nach der alten schwarz-weiß-roten Fahne zurückzulehnen. Die schwarz-weiß-rote Fahne war das Symbol des Regimes, das die Arbeiterschaft mit allen Mitteln unterdrückt und unter Ausnahmerecht gestellt hat. Andererseits können wir auch nicht in Abrede stellen, daß das Hiszen des schwarz-rot-goldenen Banners allein uns die herrliche, glückliche Zeit für das Proletariat nicht bringen kann. Ich muß daran erinnern, daß, auch nachdem das schwarz-rot-goldene Banner aufgezogen war, Ausnahms- und Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft unternommen worden sind, die wir Ihnen jedenfalls nie und nimmer vergessen können. Herr Oberhofen hat gemeint, der Antrag habe nur technische und keine politische Bedeutung und daß die Verordnung nur zurückgenommen werden solle, weil durch eine Aenderung der Flagge der Wiederaufbau der deutschen Seeschifffahrt, die Wiederanknüpfung von Handelsbedingungen nicht so gut herbeigeführt werden könnte. Ich kann eine solche Begründung wirklich nicht ernst nehmen. Sie ist so ja d e n s c h e i n i g, daß die absolute Sicherheit vorliegt, hinter dieser Scheinbegründung stehen andere wahre Gründe, für deren Verwirklichung Sie jetzt die Zeit noch nicht gekommen erachten. Wenn die Gemeinschaft der Auslandsdeutschen mit ihrer Heimat dadurch gestärkt wird, daß ein Bierunwanzsigstel des gesamten Flaggenumfangs durch Schwarz-Rot-Gold nach ihrer Meinung verunziert ist, so ist es mit Ihrer Sympathie zum Vaterlande schlecht bestellt. Und wenn betont wurde, daß die Auslandsdeutschen unbedingt die schwarz-weiß-rote Flagge haben wollen, dann ist doch darauf hinzuweisen, daß dann auch eines Tages verlangt werden könnte, mit Rücksicht auf die Auslandsdeutschen müsse

### die Monarchie wiederhergestellt werden.

Wir wissen doch sehr genau, daß die deutschen Blätter im Auslande, in Brasilien, Argentinien, in Chile genährt werden von dem Geiste, soweit von einem Geiste darin die Rede sein kann, von Journalisten und Parlamentariern, die in den dortigen Organen eine Hehe in der niederträchtigsten und gemeinsten Weise gegen die deutsche Republik forsetzen. Alle diese Artikel wachsen zum guten Teil nicht auf amerikanischem Boden, sie werden jenen Blättern zugeführt aus den nationalistischen Kreisen in Deutschland. Alle die angeführten Gründe können uns deshalb nicht stichhaltig erscheinen. Kein Mensch kann im Ernste glauben, daß die Handelsverbindungen durch die schwarz-rot-goldene Fahne geschädigt werden. Die Handelsbeziehungen werden gut sein, wenn die Waren gut sind. Sie werden schlecht sein, wenn die Lieferungen schlecht sind. Sie werden schlecht werden, wenn man, wie man es gegenüber Ausland getau hat, minderwertige Waren zum vollen Werte verkauft oder zu verkaufen sucht. Dadurch schädigen sie die Handelsbeziehungen. Wenn wir in handelslich gesunde Beziehungen zum Auslande kommen wollen, so ist notwendig, daß dieses Ausland einsteht, daß das Deutschland, das jetzt Waren liefern will, ein anderes ist als das vor dem Kriege, ist es notwendig, daß wir ihnen zum Bewußtsein bringen, daß das Deutschland von 1921 nicht mehr das Deutschland von 1914 ist, daß das Deutschland von 1921 durch die Güte seiner Waren beweisen will, daß keine Leistungslosigkeit nach Quantität und Qualität nicht davon abhängt, daß an der Spitze ein gekrönter Monarch steht und daß auch die Republik wirtschaftspolitisch die Konkurrenz mit anderen Staaten aufnehmen kann.

Ich kann es nicht unterlassen, auf eine Tatsache einzugehen, nämlich auf das Auftreten Paul Müllers, des Vorsitzenden des Seemanns-Verbandes. Paul Müller gehört zurzeit noch immer der sozialdemokratischen Partei an. Jedenfalls hat dieser Paul Müller auch in einer Rede in Hamburg bewiesen, daß er in jeder Beziehung verdient, den reaktionären deutschösterreichischen Sozialisten geradezu zugeführt zu werden. Ich gebe nicht ein auf die Ausführungen dieses so überaus „lächelnden“ Paul Müller. Ich stelle nur fest, wenn das alte königliche Heroldsamt noch existieren sollte, dort für Herrn Paul Müller sicher eine weit bessere Stelle wäre als an der Spitze einer Arbeiterorganisation. Derartige Ausführungen, die ohne weiteres aus einer deutsch-nationalen Hechtheit abgeschrieben sein könnten, können uns nie bestimmen, unseren Standpunkt zu ändern, und wenn es sich tausendmal um den Vorsitzenden einer Seemannsorganisation handelt, der übrigens auch einer der wildesten Inneren ist gewesen ist. Was sie in Wirklichkeit wollen, ist der Kampf gegen das schwarz-rot-goldene Banner und die Wiederaufrichtung des schwarz-weiß-roten Banners als Symbol einer alten gloriereichen Vergangenheit. Heute fangen sie mit dem kleinen Rechte der Flagge an, aber schließlich müssen sie die Rache aus dem Sad herauslassen und erklären, daß sie das Symbol beiseite als ersten Schritt auf dem Wege zur Beseitigung der Republik. Schwarz-rot-gold ist die Farbe der Demokratie. Aber die Demokraten, die den Antrag unterstützen, haben wieder einmal Angst vor ihren eigenen Idealen bekommen. Die Unterschrift unter den Antrag ist nur ein Beweis für die

### politische Jämmerlichkeit des deutschen Bürgerturns.

Weil Sie fürchten, den Anschluß an die Deutschnationalen zu verlieren, deshalb drängen Sie dahin, um nur ja nicht als weniger national zu gelten als Heißerich und seine Freunde. Diese Tatsache ist ein Symbol, wie die ganze Flaggenfrage ein Symbol ist; es ist ein Symbol für die Bergartigkeit an den eigenen Idealen und der eigenen Politik, ein Beweis dafür, daß sie Furcht haben, von der urteillosen Masse möglicherweise mit den Sozialdemokraten wegen Mangel an logischer nationaler Gesinnung in einen Topf geworfen zu werden. Daß man jetzt, nachdem die schwarz-rot-goldene Fahne angenommen worden ist, den Versuch macht, sie wieder zu beseitigen, beweist, wie stark die Reaktion in Deutschland zu fühlen beginnt. Und merkwürdigerweise wächst bei den Gegnern der Republik der Mut gegen die Demokratie im Quadrat der Entfernung von der Gefahr. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Es gab eine Zeit, wo sie zu uns bitten kamen um Ausweise, mit denen sie sich schützen wollten. Wenn

diese Herren jetzt den Mut aufbringen, der Republik den Krieg zu erklären, so beweist das, daß sie glauben, wieder Schaum vor dem Bug zu haben und daß die Republik auf schwachen Füßen stehe. Wir lassen Ihnen aber keinen Zweifel darüber, daß wir jedem Versuch mit aller Energie auch unerbittlich entgegenzutreten werden. Die Republik ist nicht unser letztes Ziel, die Republik ist nur das Gefäß, dessen Inhalt der Sozialismus sein soll. Die heutige Republik entspricht nicht unseren Wünschen, aber wir werden sie verteidigen, weil wir der Ansicht sind, daß sie immerhin gegenüber dem Zustand, den Sie als groß und herrlich bezeichnen, im Interesse der unterdrückten Bevölkerung höher einzuschätzen ist. (Leb! Beifall auf der Linken.)

Abg. Barß (Komm.): Schwarz-Rot-Gold ist nicht minder wie Schwarz-Weiß-Rot das Zeichen der Reaktion. Wir wollen die Reaktion mit Stumpf und Stiel ausrotten.

Abg. Dalsch (D. Sp.): Man beurteilt hier die Frage nur vom innerpolitischen Standpunkt aus. Das Ausland versteht es nicht, weshalb wir die Flagge geändert haben. (Lachen links.) Ich bin wohl im Reichstag der einzige Auslandsdeutsche. Meine Eltern waren schon Auslandsdeutsche. Ich muß bezeugen, die Auslandsdeutschen sind es allein, die Deutschland wieder in die Weltwirtschaft einschalten können.

Abg. Heile (Dem.): Es ist ein Irrtum, wenn gesagt wird, wir Demokraten hätten in Weimar mit dem Zentrum und den Sozialdemokraten eine Vereinbarung über die Farben Schwarz-Rot-Gold getroffen. Wir haben für Schwarz-Weiß-Rot gestimmt, obwohl wir nicht etwa auch im dunkelsten Winkel unseres Herzens irgendwelche Sympathie hätten für das, was in dieser Frage von der Rechten vertreten wird. Wir lassen uns unser Bekenntnis zur deutschen Einheit nicht verhandeln. Wir stimmen heute für den Antrag aus der demokratischen Erwägung, daß der Volkswille geachtet werden muß. Wenn in Weimar zwei Flaggen gewählt wurden, so kann man sie auch heute nebeneinander bestehen lassen. (Widerpruch links.)

Abg. Breitscheid (U. S. P.): Es ist Demagogie, wenn man einen Antrag als rein technisch bezeichnet, mit dem man in Wirklichkeit politische Ziele verfolgt. Die Antragsteller haben ja den politischen Charakter ihrer Absichten mit aller Deutlichkeit betont. Herr Heile hat mit seinen Ausführungen nur bestätigt: Wollen das Gute habe ich wohl, aber vollbringen das Gute kann ich nicht. In der Praxis rücken die Herren nach rechts und verleugnen heute u. a. den Minister Dr. P r e u ß, der sich in Weimar eifrig für Schwarz-Rot-Gold eingesetzt hat. Uebrigens ist der Satz, der jetzt aus der Verfassung bestritten werden soll, als ein Antrag Trautmann, eines Demokraten, in die Verfassung hineingelangt. Die demokratische Fraktion von 1919, oder doch führende Mitglieder aus ihr, hielten damals diese Bestimmung für zweckmäßig. Die demokratische Fraktion von 1921 hält es für zweckmäßig, den Ansturm der Reaktion zu unterstützen. Ihre demokratische Begeisterung von 1919 hat also sehr bald wieder „realpolitischen“ Erwägungen Platz gemacht. (Beifall d. U. S. P.)

Abg. Koch (Dem.) bestreitet, daß seine Fraktion in ihrer Mehrheit für Schwarz-Rot-Gold eingetreten sei, nur sieben Mitglieder wären dafür gewesen.

Abg. Ledebour (U. S. P.): Der Reichspräsident hat gar nicht das Recht gehabt, durch eine Verordnung die Nichtausführung der Verfassung zu erklären. Da nach § 76 ein Antrag auf Verfassungsänderung die Anwesenheit von zwei Dritteln der Mitglieder dieses Hauses als anwendend verlangt, und da zur Annahme des Antrages wiederum von den Anwesenden zwei Drittel dafür stimmen müssen, erwarte ich, daß der Präsident diese Verfassungsbestimmung zur Anwendung bringen wird. Das Ergebnis klar erweisen, ob zwei Drittel der Mitglieder aus dem Ergebnis klar erweisen, ob zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind und ein wie großer Bruchteil für den Antrag stimmen wird. Eine andere Instanz wird zu entscheiden haben, ob eine Verfassungsänderung vorliegt.

An der Abstimmung beteiligen sich 248 Abgeordnete, 121 Stimmentzettel lauten auf Nein, 120 auf Ja, 5 Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung. (Stürmische, anhaltende Heiterkeit links.)

Der Antrag der drei sozialistischen Parteien wegen Einführung der Frauen zum Richteramt, zu den juristischen Prüfungen, zur Rechtsanwaltschaft und zu den Beamten der Gerichtsschreiber und der Gerichtsvollzieher wird ohne Debatte an den Rechtsausschuß verwiesen.

Schluß 7 1/2 Uhr. — Nächste Sitzung: Dienstag, 2 Uhr. Tagesordnung: Kapitalfluchtgesetz, Nachtragsetats.

## Was hat das Baltikum-Abenteuer gekostet?

Im Reichstage hat der Genosse K a n n i e r folgende kleine Anfrage gestellt:

„In der 32. Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt vom 19. November 1920 stellte ich an den Vertreter des Reichswehrministeriums die Frage, wann dem Reichstage eine Abrechnung über die Kosten des Baltikumabenteuers vorgelegt werden soll. Darauf erklärte als Vertreter des Reichswehrministeriums der Oberst K r e h von K r e s t e n s t e i n:

„Die Vorlage einer Abrechnung über das Baltikumunternehmen kann dem Reichstage nicht vorgelegt werden, da sich auf absehbare Zeit nicht bestimmen läßt, wann eine Abrechnung erfolgen kann.“

In der Reichstagsitzung vom 24. Juni 1921 wiederholte ich bei der Beratung über den Nachtrag zum Haushalt des Reichswehrministeriums für das Rechnungsjahr 1921 meine Anfrage an den der Sitzung beiwohrenden Reichswehrminister G e l t e r. Weder der Reichswehrminister, noch einer der anwesenden Offiziere äußerte sich zu meiner Forderung, dem Reichstage und dem deutschen Volke Aufschluß zu geben über die von dem Urheber und Führer des verbrecherischen Baltikumabenteuers, General Graf v. d. G o l z, dem Volke auferlegten Kosten.

Seit meiner ersten Anfrage sind über sechs Monate vergangen, ohne daß bisher vernommen wurde, was in dieser Sache geschehen ist. Das Schweigen des Reichswehrministers läßt die berechtigten Schlussfolgerungen zu, daß man in leitenden Kreisen des Wehrministeriums nicht daran denkt, jemals in dieser Angelegenheit Aufklärung zu geben.

Ich frage daher an:

1. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um endlich dem Reichstage eine Abrechnung über die Kosten des Baltikumabenteuers vorzulegen?
2. Beabsichtigt die Reichsregierung gegen die Urheber und Führer des verbrecherischen Baltikumabenteuers, wie Graf v. d.

**MANOLI**

Die neue  
**300's**  
Zigarette

BND



